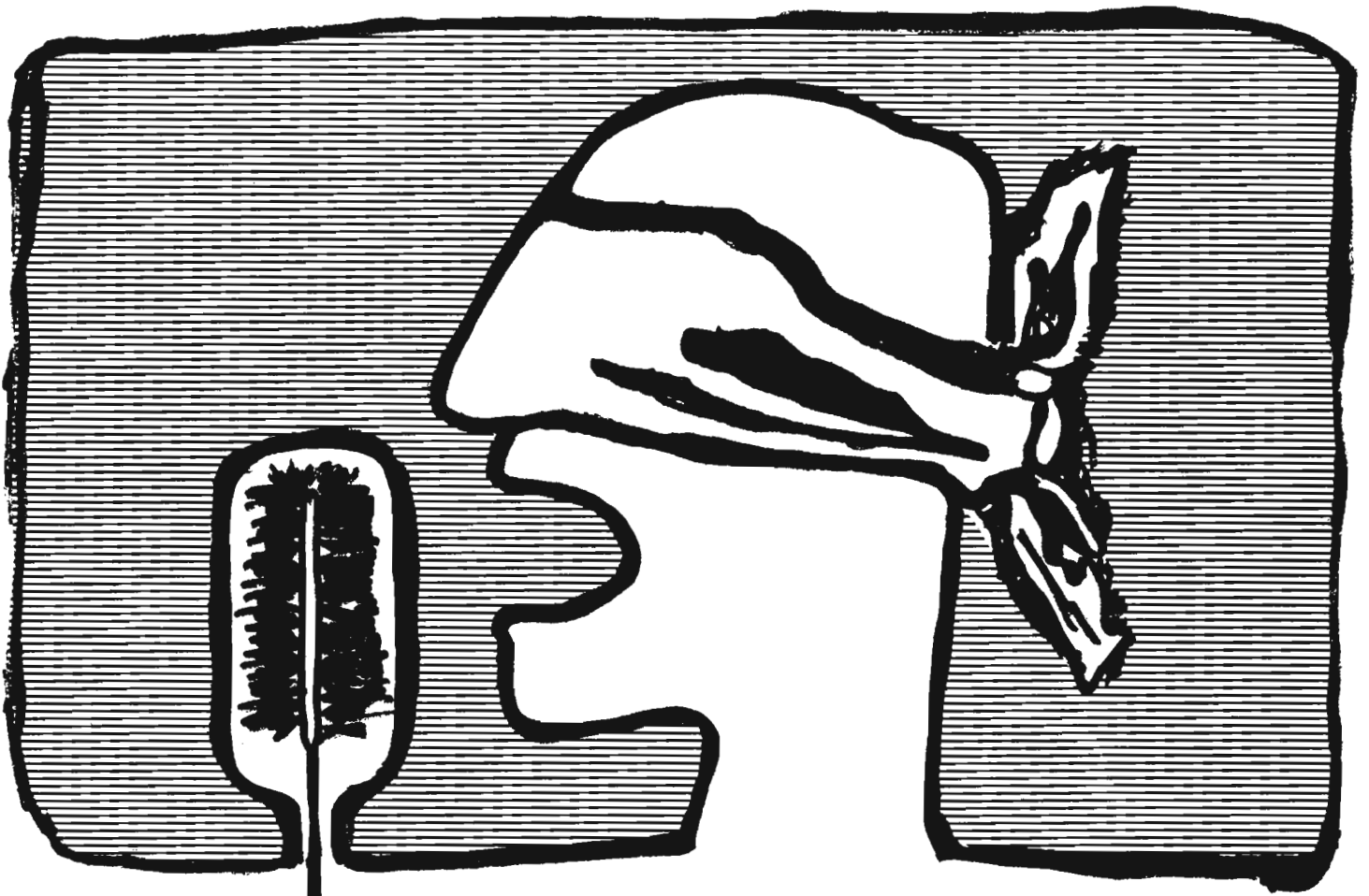


# aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

märz nr 45



**DIE**

**INFORMATION**

**DES ORF**

## INHALT

"offensiv links" contra ORF . . . . .	<b>3</b>
Die Sozialdemokratie und die gegenwärtigen Aufgaben der Linken. Eine Diskussionsgrund- lage . . . . .	<b>5</b>
Überlegungen zum Thema marxistische Fami- lienpolitik. Paper des Arbeitskreises Emanzi- pation . . . . .	<b>10</b>
Internationale Kontakte. Bericht der Delega- tion. Resolution . . . . .	<b>13</b>
Die italienische Linke. Erster Teil . . . . .	<b>15</b>
"Eisenwischer" . . . . .	<b>19</b>
Pariser Weltversammlung für Frieden und Un- abhängigkeit der indochinesischen Völker. Rede unseres Vertreters . . . . .	<b>21</b>

Aus finanziellen und technischen Gründen  
konnten die "aspekte" leider erst jetzt  
erscheinen. Wir bitten um Verständnis.

DIE REDAKTION

=====  
"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Freie Österreichische Jugend, für den Inhalt und  
die Vervielfältigung verantwortlich: Alfred Prandl, alle Wien 1040, Belvederegasse 10.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

# offensiv links contra ORF

"Hic Rhodos, hic salta - hier ist die Rose, hier tanze!" hat Marx das griechische Sprichwort poetisch übersetzt. Und wenn die Bedingungen noch so eng geraten, die Möglichkeiten verknappt und die Feinde bei aller Macht ihrer Mittel kleinkariert und provinziell sind, die Arena ist stets abgesteckt, und die Frage lautet, ob man diesseits oder jenseits der Kampflinien steht, ob man steht oder sitzt - denn von Fallen ist für beide Seite der Kämpfenden vorläufig noch nicht die Rede.

Nein, nicht vom Grundsatz "Viel Feind, viel Ehr'" wollen wir ausgehen; der kluge Einsatz der eigenen bescheidenen Mittel und Kräfte bleibt immer noch oberstes Gebot in einer gesellschaftlichen Situation, wo der Klassenkampf über die Abgeltung der jährlichen Teuerungsrate nicht hinausgerät, und die Gemüter sich am klassischen Geschmack eines einsamen Verfechters der "reinen" Idee der Olympiade eher entzünden als an der Nachricht von Massakern - ob in Indochina, Bengalen oder Irland.

Sicher ist der ORF nicht allein daran schuld, wenn die Nachricht von der Ermordung von 13 irischen Demonstranten durch englische Soldaten nicht einmal bis ans Ohr und Auge der Hörer und Seher dringt, geschweige denn bis in ihr Herz und Hirn, weil zur gleichen Zeit unserem plötzlich erwachten Nationalbewußtsein und -ehrgefühl dieses verdammte Sapporo beschwert wird.

Rundfunk und Fernsehen sind dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlich-technisch hochentwickelten Produktivkräfte entsprechende Mittel der Massenkommunikation. Sowie das Kino und notabene das Heimkino, das Theater auf eine Stätte des ästhetischen Experiments und der musealen Repräsentation reduziert hat, werden die Zeitungen, die täglich geschriebenen billigen Worte und Wörter im Bereich der Vermittlung von Informationsinhalten und deren Manipulierung zunehmend zur nebensächlichen Pflichtübung von halbgebildeten Analphabeten en masse. Das Medium der Zeitungen ist mit jenem des gesprochenen Worts und seiner Verbindung mit vermittelnder Bildfolge konkurrenzunfähig, weil der Mühe nicht wert.

Was Propaganda im allgemeinen vermag, läßt sich an den Leistungen eines Goebbels klar ablesen. Es ist psychologische Manipulierung in roher, urwüchsiger Form, über-rumpelnd, entfesselnd, einschüchternd, massensuggestiv. In einer "freien demokratischen" Gesellschaftsordnung ist Ihre Sublimierung (Verfeinerung) Trumpf und zugleich Selbstlegitimation vor den gleichen Absichten und Wirkungen. Die Verstellung, die Weglassung und Betonung bilden das bewährte Instrumentarium der Meinungsgängelung, die immerhin ausreicht, um Hunderttausend Wiener zu einer spontanen Kundgebung für den tragischen Helden (ein österreichisches Spezifikum) zu bewegen, die groteske Karikatur auf den antikapitalistischen Kampf massenhaft zu entwerfen, indem bestimmte Senf- und Bierprodukte eines unpatriotischen Erzkapitalisten aus eigener Initiative boykottiert, seine Angestellten bedroht und terrorisiert werden. Die berüchtigte Volksseele ist's, im Gegensatz zum Klassenbewußtsein, auf das sich die Demagogie, das Gegenstück zur Massenaufklärung, stürzt - und wer es noch nicht gewußt hat, wie weit die "Volksstimme" als ein Echo aus der Tiefe dieser Volksseele sich selbst be-greift und daraus für sich politisches Kapital zu schlagen bestrebt ist, der konnte es auf dem Höhepunkt der vom ORF geschürten Sporthysterie erleben: ein zweiseitiges Inserat im eigenen Organ, in eigener Sache, das hat es seit 1953 nicht mehr gegeben, kurzum die "Volksstimme" hat über den braven Karli, über die unreflektierte Massensolidarität mit Kneissel-Ski und gegen Mautner-Markhof-Senf den Klassenkampf in Österreich entdeckt.

Aber die "Volksstimme" war ein kleiner Fisch im Kielwasser des ORF.

Der durchschlagende Erfolg der ORF-Gewaltigen beruht auf dem Schein der Unabhängigkeit und Objektivität. Diese Position verdanken sie u. a. Nennings Naivität, der, wie alle aufrechten kleinbürgerlichen Demokraten, den "Proporz", die engstirnige Verteilung der Lügen und Antilügen zwischen den etablierten Parteien in Österreich als das größere Übel, hingegen die vom Beruf des "Freien" Journalisten verbürgte, jeweils individualistisch gefärbte und dadurch bei weitem glaubwürdigere Entstellung der Tatsachen als das notwendige und kleinere Übel empfindet. Als ob der Journalist, der sich, seine Feder und "seine Meinung" an den nächstbesten Kapitalisten der systemintegrierenden Meinungsindustrie zu verkaufen gezwungen ist, gegen die Lüge besser gefeit wäre, denn der von Staats wegen dazu bestellte Bürokrat oder abgewandelt, als ob eine Hure die sichere Garantie gegen Ehebruch wäre, denn das brave Hausmütterchen.

Dank dieser Auffassung sitzen heute Journalisten an den ORF-Schalthebeln, sie verkünden, interpretieren und bewerten alle Nachrichten rein "objektiv" nach ihrem eigenen journalistisch-ethischen Ermessen, und der Teufel soll den holen, der mehr als reinen Zufall darin sehen will, daß die politische Linie, die ideologische Ausrichtung, die Interessen und nichts als die Interessen des herrschenden gesellschaftlichen Systems, des österreichischen Kapitalismus und des ausländischen Imperialismus vertritt. Sie sind dabei von keiner auch nur pseudodemokratisch legitimierten Instanz kontrolliert, im Gegenteil kontrollieren sie alle Parteien und Verbände, da sie mit einer Macht ausgestattet sind, die sie zur Macht im Staate macht: sie verfügen über das wichtigste Massenmedium, dessen Einfluß sich niemand entziehen kann. Gegen das ORF-Syndikat, gegen Bacher und Dalma hat sich selbst Kreisky als machtlos erwiesen, die "Kronen-Zeitung" als wadelbeißerischer Pinscher.

Aber der persönliche Besuch von einem Dutzend politischer Aktivisten in den von der Außenwelt hermetisch abriegelten Studioräumen hat sie erschreckt. In den Nachrichten haben sie uns anderthalb Tage lang einen Ehrenplatz eingeräumt - mit der klar erkennbaren Absicht und nach der stets gegenüber jedem lästigen Gegner angewandten Methode, die "öffentliche Meinung" gegen uns zu mobilisieren, uns in der Öffentlichkeit anzuschwärzen, als eine zu jeder Gewalttat jederzeit entschlossene Gruppe von politischen Halbstarken hinzustellen. Das ist ihnen mißlungen.

Jetzt hat "offensiv links" den ORF geklagt. Der Prozeß läuft bereits. Wir gehen von einem konkreten Fall aus, dem "offensiv links"-Besuch, seiner verleumderischen Darstellung in den Nachrichten, vom Berichtigungsbegehren, dem von jeder Zeitung in Österreich sofort entsprochen werden würde, weil müßte - aber nicht vom ORF, weil er in Österreich eine Monopolstellung unter den Massenmedien einnimmt. Um die Klärung dieser Stellung geht es, um ein Erkenntnis seitens des Verfassungsgerichtshofes.

Es wird ein Musterprozeß werden, ein politischer Prozeß - mit dem Kläger "offensiv links" und dem Angeklagten ORF.

Wien, 10. Februar 1972

Z. P.

## BOOK POWER



**1010 WIEN**

\*

**BRIGITTE HERRMANN**

**GRÜNANGERGASSE 1**

**52 77 06**

\*

**HEINZ KOLISCH**

**LIEBIGGASSE 9**

**43 32 21**

# **DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE GEGENWÄRTIGEN AUFGABEN DER LINKEN**

DISKUSSIONSGRUNDLAGE  
DER  
FÖJ - BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS

## **1**

Sozialdemokratische Parteien der Gegenwart beziehen sich zwar historisch auf die 2. Internationale und auf deren letzte bedeutenderen Theoretiker, Bernstein, Kautsky und Otto Bauer (mögen diese auch verschiedene Richtungen innerhalb der SD repräsentieren), haben aber selbst mit diesen "revisionistischen" Theoretikern und der von der 2. Internationale bis zum 2. Weltkrieg praktizierten Politik nur wenig gemeinsam. Die historische Kontinuität läßt sich - wenn überhaupt - heute teils nur formal, teils in einer ständig absteigenden Linie der programmatischen und politischen Konzeption und Praxis festhalten.

Die historisierende Argumentation gegenüber der SD ist nicht nur deswegen irreführend. In der Hauptsache ist sie unzulänglich, weil sie das generelle Merkmal sozialdemokratischer Praxis seit dem 2. Weltkrieg vollkommen ignoriert: die Neuorientierung seit Ende des 2. Weltkrieges auf langfristige Beibehaltung des kapitalistischen status quo, der Verzicht auf alle Intentionen systemverändernder Politik. Daraus resultiert die freiwillige Übernahme der Rolle, lediglich soziale Korrekturen im Rahmen des bürgerlichen Systems, des Parlamentarismus als Opposition oder als Regierungspartei zu leisten.

Bezüglich dieser Politik gilt es, den entscheidenden Widerspruch zu untersuchen, wieweit die SD dabei mit der Unterstützung seitens der Lohnabhängigen - ihres nach wie vor überwiegenden Basispotentials - rechnen kann.

Insbesondere in Österreich, wo unter F. Adler und O. Bauer der Austromarxismus eine besondere Vermittlerfunktion zwischen Reform und Revolution ausüben konnte, war der Abbau sozialdemokratischer Traditionen keineswegs reibungslos und harmonisch abgelaufen. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der Verzicht auf jede sozialistische Strategie, die taktische Unterordnung aller politischen Gesichtspunkte unter jenen möglicher parlamentarischer Mehrheiten hat nicht zuletzt den Parteitypus mitsamt Funktionären und Aktivisten geprägt, der zwar 1958 ein "Godesberger Programm" der SPÖ verhindern konnte, aber der "Godesberger"-Praxis freien Lauf ließ.

## **2**

Jede sozialdemokratische Praxis geht heute von der prinzipiellen Überzeugung der Überlegenheit des hochentwickelten Kapitalismus gegenüber bisherigen sozialistischen Modellen aus, gepaart mit der Unfähigkeit und dem Unwillen, eine gültige Alternative zu beiden zu entwickeln. Dabei wird jene vulgärmaterialistische Interessenswahrnehmung ihres Anhangs ins Spiel gebracht, die mit den von den Konsummechanismen im hochentwickelten Kapitalismus genährten Zufriedenheitsinstinkten breiter Massen der Lohnabhängigen korrespondiert. Als einziger Trumpf wird gegenüber bürgerlichen und kleinbürgerlichen Interessensgruppen und Parteien jener Vorteil ausgespielt, welcher gegenüber der rohen und einseitigen Priorität des "privaten Vorteils", der Profitmaximierung der Monopole und Großunternehmen die "vernünftige" Synthese mittels allgemeinen parlamentarisch-staatlichen Instrumentarismus (Wohlfahrtswesen, öffentliche Dienstleistungen etc.) besser herstellen und gewährleisten kann. Dementsprechend ist jede SD bestrebt, im nationalen Rahmen den besten aller Kapitalismen zurechtzustutzen, wobei mit gut - besser - am besten nicht nur moralische Wertung aus der Sicht des Müdels Proletariat gemeint ist. In erster Linie werden damit Wachstum, Produktivität, Technologie, Konjunktur etc. identifiziert und diese hauptsächlich auf Kosten und zu Lasten der Lohnabhängigen zügig vorangetrieben. Die gleichzeitige Bewältigung dieser Aufgaben unter ständiger Berücksichtigung der kapitalistischen Profitmotivation schafft neuerdings Probleme, die bereits die Grenzen dieses wohlfahrtskapitalistischen Systemkonzepts aufzeigen (siehe Schweden).

Diese Probleme variieren ebenso wie die Schwerpunktverlegung bestimmter SD-Akzente von Land zu Land (England, Skandinavien, Frankreich, BRD), sie dokumentieren jedoch insgesamt die Entwicklungstendenzen internationaler kapitalistischer Produktion und Verteilung, ihre Widersprüche und Krisenmomente. Da die SD gegenwärtig eine immer umfassendere Integration ins kapitalistische System durchmacht, wird ihre zukünftige Entwicklung vom dialektischen Entwicklungsprozeß kapitalistischer Produktion und gesellschaftlichen Bedürfnisses bedingt sein, d.h. von der Entfaltung und Vertiefung der aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen stets erwachsenden gesellschaftlichen Widersprüche und Krisenmomente stark abhängen.

Österreich haben die jüngsten Auswirkungen der europäischen kapitalistischen und daraus resultierenden gesellschaftlichen Entwicklung - die Krise der traditionellen bürger-

lichen und kleinbürgerlichen Parteien und Regierungen - verspätet erreicht. Kreiskys letzte kosmetische SPÖ-Reform nach 1966 hat die formale Legitimation seiner Partei für bestimmte gesellschaftliche Reformen vorbereitet. Der schaumgebremste Kapitalismus soll auch in Österreich noch einmal den universiellen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital - im angeblichen Interessen beider "Partner" - hinwegspülen...

### 3

Die relative Krisenstabilität verdanken hochentwickelte kapitalistische Systeme seit dem 2. Weltkrieg neben der Nutzung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, welche ein enormes Anwachsen der Produktivität der Arbeit mitbewirkt hat, weiters der Schaffung und Intensivierung des Massenkonsums, sowohl der direkten oder indirekten Nutznießung der Ausbeutung der "3. Welt" als auch zu einem hohen Teil den Interventionen von staatlicher Seite. Der Staat ist zum wichtigsten Interventionisten des Gesamtkapitalisten geworden, nicht nur, was die Einsetzung des modernen Instrumentariums der Wirtschaftsteuerung (aktive Kreditpolitik, staatliche Investitionen, Lohn- und Preispolitik, Ansätze von Planung und Konjunkturpolitik) betrifft - sondern gleichermaßen in direkter Stützung und Subventionierung von Unternehmen, die für die Gesamtwirtschaft wichtig und in Schwierigkeiten geraten sind, gekoppelt mit der Tendenz, Produktionszweige, die gesamtgesellschaftlich unentbehrlich, jedoch "unprofitabel" sind, zur Gänze oder auch vorübergehend in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Gleichzeitig wird der Staat Vermittler zwischen dem nationalen und internationalen Kapitalverwertungsprozeß, ob es sich nun um Größenverhältnisse wie EFTA-EWG oder Euro-US-Markt handelt. Die Verfilzung zwischen Parlament und Wirtschaft, zwischen öffentlicher Politik und privater Profitmaximierung sind nur logischer und konsequenter Ausfluß der bestehenden Verhältnisse.

Ihre restlose Integrierung in die kapitalistischen Sachzwänge macht die SD einerseits zur Staats- und systemerhaltenden Instanz. Andererseits führt die für ihre Existenz als Partei notwendige Organisation der Massen der Lohnabhängigen immer wieder dazu, daß ihre systemerhaltende Funktion potentiell in Frage gestellt wird. Aus den kapitalistischen Sachzwängen kann man nicht mit einer besonders schlaun Parteipolitik ausbrechen, diese werden entweder total in Frage gestellt, bekämpft und zerschlagen - was nur gemeinsam mit den Massen der Lohnabhängigen bewerkstelligt werden kann - oder diese Sachzwänge müssen bei allen Wenn's und Aber's, Abstrichen da und Ausflüchten dort, Drehungen, Wendungen und Verrenkungen total bejaht, unterstützt, es muß ihnen entsprochen werden.

"Freiräume" für sozialdemokratische Reforminitiativen verbleiben somit in jenem Bereich der Veränderung von Überbaustrukturen (beispielsweise auf dem Gebiet der Strafgesetzgebung, der Bildung und Erziehung, der Verwaltung und bis zu einem gewissen Grad auch der Außenpolitik), die in erster Linie der Modernisierung und Rationalisierung des Kapitalismus dienen, wenngleich die Durchsetzung solcher Reformen bewußtseinsändernd wirken kann.

### 4

Die österreichische SD ist unter allen spezifischen Erscheinungsformen der europäischen SD an Konsequenz im Prozeß der Integration in das zunächst zu restaurierende und später zu stabilisierende kapitalistische System beispielgebend. Die Politik der Sozialpartnerschaft, ihre institutionalisierte Verankerung auf allen entscheidenden gesellschaftlichen Ebenen ermöglichte ihr unabhängig von ihrer parlamentarischen Position - ob in der Koalition, in der Opposition oder im Besitz der Regierungsmehrheit - in der Kontinuität der Mitsprache, Mitbestimmung und Mitentscheidung in wirtschaftspolitischen Belangen keine Brüche zu erleiden, solange ihr "Verhandlungsmandat" von der eigenen Basis her nicht in Zweifel gezogen wurde.

Die SPÖ ist von ihrer Mitgliederstruktur her sicherlich eine "Arbeiterpartei" - ungeachtet ihrer Politik, die, von der kurzfristigen Sicherung der Arbeitnehmerinteressen abgesehen, langfristig strikt im Rahmen der kapitalistischen Produktions- und Verhältnisse verbleibt.

Die heutige SPÖ ist also an ihrer Praxis gemessen nicht einmal eine "revisionistische" Partei des Proletariats. Aber der überwiegende Teil der österreichischen Arbeiter und Angestellten steht in den Reihen der SPÖ. Der Prozeß der Entideologisierung der innerparteilichen Schulung, Diskussion und Argumentation, der SP-Politik und -Programmatisik ist noch immer nicht gänzlich widerspruchsfrei. Zwischen Parteibürokratie und Fußvolk bedurfte es nicht selten intensiver Vermittlungsbemühungen der mittleren Kader, um die "heilige" Eintracht zwischen oben und unten zu bewahren, bzw. wiederherzustellen. Der Fall Olah war nicht nur spontaner Durchbruch schlecht verdauter nationalsozialistischer und kleinbürgerlicher Ressentiments innerhalb der SPÖ, da schwang unterschwellig und durchaus unartikuliert Kritik und Unbehagen gegenüber den "Bonzen", "denen da oben" mit, die einen der ihren dann sofort progeben und ihm die gemeinsamen Sünden in die Schuhe schieben bereit sind, wenn dessen Hausmacht und radikale Demagogie auf die Gesamtpartei zu übergreifen droht!

Ein wichtiges Instrument bei der Durchsetzung der Politik der Parteiführung ist das Fehlen der innerparteilichen Demokratie und Diskussion. An Stelle der Repressionsmechanismen in Parteien "stalinistischen" Typs, tritt die Zurückdrängung und teilweise Aufhebung der Verbindlichkeit von Beschlüssen und Resolutionen, bzw. die Manipulation der Mechanismen der innerparteilichen Diskussion, ihre Reduzierung und passive Kenntnisnahme von gefärbten Informationen, Erklärungen und Versprechungen. Obwohl sich die SPÖ ihrem formalen Aufbau nach von der Labour Party noch immer stark unterscheidet, ist die Situation in beiden Parteien faktisch die gleiche: zwischen der Politik der Parteiführung und den Bedürfnissen der Basis gibt es keine direkte Kommunikation mehr "Solidarität" und Zusammenhalt innerhalb der Parteibürokratie funktionieren reibungslos mittels aller Formen der Privilegierung und dienen zur innerparteilichen Absicherung gegenüber der Basis. Die politische Passivität und Entmündigung der SPÖ-Basis muß aber im Konsensus der gesellschaftlichen Entwicklung Österreichs, der weitestgehenden Stagnation der Klassenkämpfe und ihrer Ursachen gesehen werden.

Da Österreichs Schwer- und Grundlagenindustrie zum Großteil in staatlichem Besitz und Verwaltung steht, eine Rüstungsindustrie nicht einmal in Ansätzen besteht - und wenn, dann als staatliche Subventionsposten -, das österreichische Kapital an seinen historischen Entwicklungsmängeln leidet und vom Auslandskapital vertreten wird, der überwiegende Anteil der privaten Betriebe, die mittlere Größe eher unter- als überschreiten, waren alle politischen und politisierenden Momente des klassischen hochentwickelten Kapitalismustypus in Österreich soweit abgeschwächt, daß die Politik der Sozialpartnerschaft massenhaft mit Erfolg propagiert und glaubhaft gemacht werden konnte.

Der Pragmatismus, der unter der Ära Pittermann genauso und nicht anders als unter Kreisky stets der sozialdemokratischen Weisheit letzter Schluß war, verdrängte die ideologischen Überreste innerhalb der SPÖ zunächst an die Peripherie, in Zirkel (Hindels-Kreis, VSM-VSSTÖ) und ins "theoretische" Organ "Die Zukunft". Heute, nach dem Kreisky-Artikel ("Die Zukunft", Heft Nr. 1/2, 1972), der als Eröffnung der Diskussion zum Villacher Parteitag gedacht sein soll, ist es klar, daß ideologische Anwandlungen selbst dort unerwünscht sind, wo sie den nackten Pragmatismus verkleiden, gutgläubige Mitläufer besänftigen und einige "Anspruchsvolle" befriedigen sollen. Und wenn Kreisky sich gegen die Bezeichnung der SPÖ als "linke Volkspartei" zur Wehr setzt, so tut er es bestimmt nicht aus dem unbedingten Bestreben der Abgrenzung (denn da bliebe es ja nicht beim Namen allein), sondern aus Rücksicht auf jene treuen alten Vertrauensleute, die auf den untersten Rängen der Parteihierarchie ihre unermüdliche Kleinarbeit leisten.

Tragender Pfeiler der SPÖ und wichtigster Transmissionsriemen ihrer Politik - neuerdings übrigens, wie zu erwarten war, auch der Regierungspolitik - ist der ÖGB. Von vornherein eher zum Konferieren, Verhandeln und Vorbeugen bereit, denn zur militanten Organisierung der Lohnabhängigen und zur kämpferischen Durchsetzung von Forderungen nicht nur lohnpolitischer Natur, ist er zu einem Giganten herangewachsen, sowohl was die Mitgliederzahl, als auch die Mittel und den politischen Einfluß betrifft. Der ÖGB vermag auch deswegen als wirksamer Vermittler zwischen der Arbeiterschaft und der Politik der SP-Führung zu fungieren, weil er die kontinuierliche Steigerung und Sicherung bestimmter sozialer Leistungen auf sein Konto buchen und weil deren Durchsetzung in Österreich stets ohne Klassenzusammenstöße oder nennenswerte Konflikte vor sich gehen konnte. Ein Riese, der solange dahindämmern wird, solange sein Fundament sich nicht regt, in Bewegung setzt. Hier gilt noch mehr, was weiter oben als Radikalkur gegen die SD-Politik prognostiziert wurde: die Politik des ÖGB steht und fällt mit dem Grad der Mobilisierbarkeit der Basis, mit der Herausbildung ihres politischen Bewußtseins. Es steht außer Zweifel, daß gegenwärtig eine der entscheidenden Funktionen des ÖGB darin besteht, diesen Grad der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Lohnabhängigen möglichst auf Sparflamme zu halten.

## 5

Der Bezug auf den ÖGB ist nicht nur deswegen von Wichtigkeit, weil er stärkste Stütze der SPÖ-Politik und der SPÖ-Regierung ist, sondern weil er die unmittelbare Interessen-

vertretung der Arbeiter und Angestellten darstellt und daher eigentlicher Hebel für eine linke Politik ist, da die Funktion der Gewerkschaft sich nicht mehr auf die unmittelbare ökonomische Vertretung der Arbeiterschaft reduzieren lassen kann: sie muß die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsweise in den Betrieben ständig kontrollieren.

Die FÖJ ist im Laufe ihrer organisatorischen und theoretischen Neuorientierung stets von der grundlegenden Überzeugung ausgegangen, daß in Österreich eine linke Strategie primär auf die SPÖ bzw. auf den ÖGB abzielen muß. Das hat nichts mit dem trojanischen Pferd-Schema zu tun. Die SPÖ und ihre Politik wird kurzfristig weder von außen, noch von innen wesentlich zu ändern sein, solange die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, die Produktionsverhältnisse, der Prozeß der Kapitalverwertung und Mehrwertrealisierung ein relatives Gleichgewicht mit der massenhaften Befriedigung der erweiterten Ansprüche zur Reproduktion der Arbeitskraft erlauben. Der Kapitalismus wird nicht durch gutes Zureden, durch schlaues oder scheinradikales Handeln, sondern durch die seitens der Arbeiterklasse erkannten und bekämpften Widersprüche besiegt werden, die er laufend produziert, modifiziert, auffängt und bewältigt - oder eben nicht bewältigt und sie verschärfen sich bis zu einem Ausmaß, wo der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Ausgebeuteten, Privilegierten und Ausgebeutern offen, materiell zutage tritt und das Bewußtsein der Massen ergreift; dann kann die Theorie von diesen Widersprüchen, die aber nicht erst dann einsetzt, von den Massen ergriffen werden, sich durch sie materialisieren.

Diese prinzipielle Feststellung soll nicht dazu dienen, die Linke in ihrer gegenwärtigen Agonie zu bestärken, sie auf bessere Tage zu vertrösten; sie soll lediglich den Ausgangspunkt aller Überlegungen um das augenblickliche "Was tun?" lokalisieren, damit Utopie und Tagespolitik, die gegenwärtige konkrete Phase und die zukünftige Perspektive sich nicht voneinander trennen, verselbständigen und sich schließlich unversöhnlich gegenseitig bekämpfen.

Die Permanenz der monetären Krise konnte offensichtlich durch die jüngsten Maßnahmen der wichtigsten Währungsländer nicht gestoppt werden. Gewiß wäre es voreilig, jetzt schon von einer umfassenden, das kapitalistische Weltsystem bis auf den Grund erschütternden Krise zu reden. Ob eine solche Krise heranzieht oder nicht, der Kapitalismus sieht sich - auch ungeachtet der Rückschläge des Neokolonialismus und Imperialismus - verschiedenen sich verschärfenden Krisenmomenten ausgesetzt, "deren Bewältigung zum ersten Mal seit 20 Jahren eine neue konzentrierte Aktion" der staatlichen, kommunalen Instanzen, des Kapitals und der unmittelbar Betroffenen, der Lohnabhängigen erforderlich machen würde, wo als erstes einmal das Kapital ganz sicher streiken, aber höchstwahrscheinlich auch die Arbeiterschaft nicht mehr den Löwenanteil auf sich nehmen wird: die Bewältigung ökologischer Probleme, die Verhinderung des Umschlagens der hurtig schleichenden Inflation in eine galoppierende, der Lösung der durch die zunehmende Automation entstehenden Konflikte, um einige zu nennen. Österreich wird davon - obwohl es dies stets gewohnt - diesmal nicht mehr ausgenommen. Die SP-Regierung wird als erstes ein sicherlich bald verlöschendes Feuerwerk reformierender Gesetze beschließen. Ihre Durch-

setzung wird von der Unterstützung der Massen abhängen. In dieser Situation müßte sich die Linke auf drei Gebiete der Aufklärung und Aktion konzentrieren:

- + Verankerung in den Betrieben und Gewerkschaften;
- + programmatische und praktische Vorstöße in der Kommunalpolitik;
- + theoretische und organisatorische Vereinheitlichung.

Das Wahlergebnis vom 10. Oktober vorigen Jahres war für viele "linke" Beobachter gewiß überraschend - sensationell war es sicherlich nicht. Für die Linke, die noch nicht jeglicher Praxis abgeschworen hat, bedeutet es jedenfalls eine neue, interessante Etappe in ihren Bemühungen, verschüttetes Klassenbewußtsein zu wecken und zu aktivieren. Die innenpolitische Konstellation mit einer SP-Regierung an der Spitze ist deswegen weitaus günstiger als früher, weil die schwer zu erschütternde Ausrede, die "Schwarzen", die regierenden Bürgerlichen seien an allem Schuld, nun nicht mehr gilt, die Politik, den "Schwarzen Peter" dem anderen zuzustecken, nicht mehr verfängt und dadurch die Illusionen der Massen bezüglich des Charakters der SD leichter bekämpft und erschüttert werden kann. Die Politik der SPÖ-Regierung, die von ihr betriebene Rationalisierung und Modernisierung des österreichischen Kapitalismus auf Kosten der Lohnabhängigen, gerät objektiv in Widerspruch zu den Interessen der im ÖGB und in der SPÖ organisierten Arbeiterschaft und verschärft dadurch sowohl im ÖGB als auch in der SPÖ selbst die Frage, wozu die Regierungsgewalt zu dienen habe: der Erfüllung der Wünsche und Bedürfnisse der Bourgeoisie und der Monopole oder zur Einengung der Macht der Unternehmer zu Gunsten der "Arbeitnehmer".

Bei der Kritik am Wesen und der gegenwärtigen Politik der österreichischen SD darf ein zentraler Aspekt taktisch und strategisch nie aus den Augen verloren werden: Angriffe gelten der Politik der Parteibürokraten und nie den im Lager der SD stehenden Massen der Lohnabhängigen; Stärkung und Unterstützung der innerparteilichen Opposition, eines sich möglicherweise herausbildenden starken linken Flügels müßte selbstverständlich sein. Solange die Linke jedoch neben unermüdlicher Kritik nicht imstande ist, eine echte organisatorische und programmatische Alternative zum mindesten im ausbaufähigen Ansatz aufzuzeigen, werden alle kritischen Bemühungen Liebesdienste an der SD bleiben. Die Linke, außerhalb der SPÖ und KPÖ, steht heute in einer heilsamen Krise. Das im Verlauf der letzten Jahre und im Zuge der Solidaritätsbewegungen mit der "3. Welt" angesammelte, zum Teil junge Potential wurde von den Richtungskämpfen und interfraktionellen Auseinandersetzungen aufgerieben, abgetrieben, "frustriert". Einige organisierte Kerne sind übriggeblieben. FÖJ - "offensiv links", der Kreis um das "Wiener Tagebuch" und die "Arbeitsgemeinschaft GE" sind zur Zeit wichtige Teile davon.

Die Gemeinsamkeiten, die sich hauptsächlich in der Ablehnung der derzeitigen KPÖ-Politik treffen, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch einige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Eine Vereinheitlichung läßt sich gewiß nicht über den Weg der Proklamierung herbeiführen. Der einzig richtige Weg ist die konsequente Klärung der gegenseitigen politischen Positionen.

# Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1060 Wien, Mollardgasse 13-15  
Telefon: 57 35 20, 57 35 28-29

Privatadresse: 1100 Wien, Auladagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302

# Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

# Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2  
TELEFON: 56 57 533



# **einführung in die marxistische wirtschaftstheorie**

**von felix spreitzhofer**

Diese, im Selbstverlag der FÖJ erschienene, Broschüre ist die überarbeitete Fassung einer Serie von Referaten, die im Winter 1970/71 in einem Seminar der FÖJ-Bewegung für Sozialismus gehalten wurden. Bei der Vorbereitung des Seminars stützte sich der Autor vor allem auf "Das Kapital" von Karl Marx (Bd. 23 - 25 MEW) und auf "Theorie der kapitalistischen Entwicklung" von Paul Sweezy (Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main).

Unsere Einführung soll in leicht verständlicher Form grundlegende Kenntnisse über die im Kapitalismus herrschende Gesetzmäßigkeiten vermitteln. Ist doch ohne die Kenntnis der politischen Ökonomie, der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft - wie Marx es ausgedrückt hat -, politische Praxis zur Überwindung überhaupt nicht möglich. Ferner soll die vorliegende Arbeit allen jenen, die sich intensiver mit der politischen Ökonomie beschäftigen wollen, ein Behelf sein, die Schwierigkeiten, die sich dem Anfänger erfahrungsgemäß beim Studium des "Kapitals" stellen, leichter zu überwinden.

Wir behandeln zuerst die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus im allgemeinen. Diese Gesetzmäßigkeiten wurden zwar von Marx auf der Grundlage des Konkurrenzkapitalismus abgeleitet. Sie gelten aber auch weiterhin für den Kapitalismus in unserer Zeit, für den Monopolkapitalismus also. (Dies besagt aber nicht, daß Modifizierungen sowie eine Weiterentwicklung der Marxschen Theorie überhaupt entbehrlich wären.) Daran schließt sich dann eine Darstellung des Monopolkapitalismus und des Imperialismus.

---

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Hermann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ, in der Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

# ÜBERLEGUNGEN ZUM THEMA MARXISTISCHE FAMILIENPOLITIK

Am 26./27. Februar 1972 fand die Bundesfraktionskonferenz der Gewerkschaftlichen Einheit, Privatangestellte, statt. Einige Mitglieder des Arbeitskreises Emanzipation nahmen auf der Konferenz zu diesem Thema Stellung.

In der Diskussionsgrundlage befand sich auch ein Abschnitt "Familienpolitik heute", der für eine sich links von der SPÖ begreifenden Fraktion schlicht gesagt skandalös ist. Hier ein Auszug, der Punkt "Funktion der Familie":

"... die Familie hat eine eminent wichtige Funktion im Leben jedes Menschen, ihre versorgende und sozialisierende Funktion kann der Staat nicht ersetzen. Durch die Familie und in der Familie lernt jeder Mensch in einer Gemeinschaft zu leben. Die Familie braucht daher die nötige Stütze durch die Öffentlichkeit, um unter Bedingungen wirken zu können, die es ihr ermöglichen, ihren Aufgaben nachzukommen. Die moderne Industriegesellschaft zieht jedes Familienmitglied in einen anderen Berufs- und Wirkungskreis und die Vorbereitung des jungen Menschen auf ein Leben in dieser Industriegesellschaft stellt hohe Ansprüche an die Erziehungskraft der Familie.

Schulfragen, soziale Einrichtungen, Ausbildungsmöglichkeiten, öffentliche Dienstleistungen, sind für die Familie wesentliche Fragen geworden. Von ihrem Funktionieren hängt ein harmonisches Familienleben ab.

Die Grundlagen für die menschliche Persönlichkeit werden in frühester Kindheit gelegt, also vor allem in der Familie; und die Familie bleibt ein wichtiges Terrain für die Entwicklung der Persönlichkeit. Deshalb ist Familienpolitik im weitesten Sinne Gesellschaftspolitik..."

Aufgrund dieser Diskussionsgrundlage wurden die nachfolgenden Überlegungen schriftlich niedergelegt.

## 1.

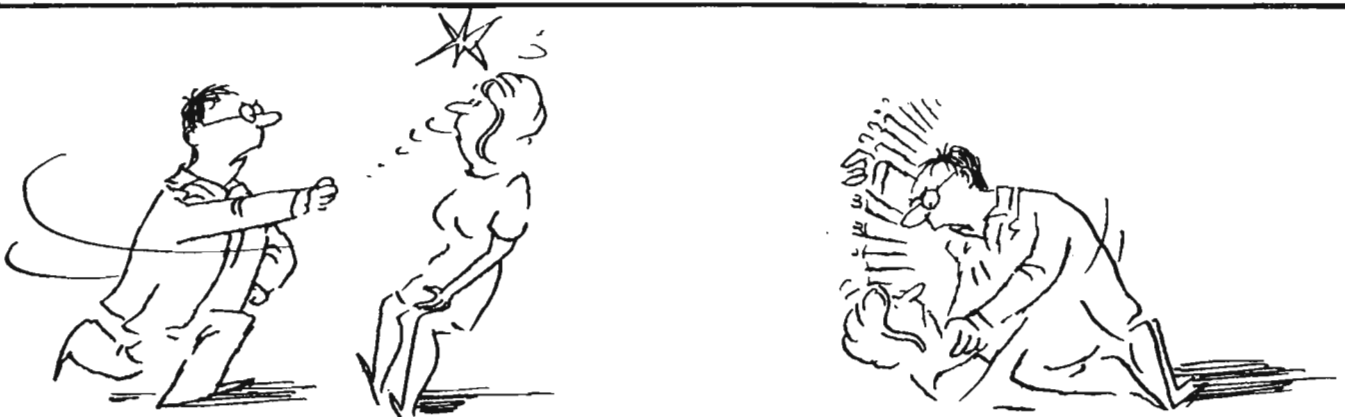
Für die Stellung des Problems marxistischer Familienpolitik ist der Versuch, marxistische Gesellschaftstheorie in gesellschaftliche Praxis umzusetzen, eine entscheidende Erfahrung. Die familienpolitischen Maßnahmen in der Zeit Lenins nach der Oktoberrevolution waren zweifacher Natur: Erstens Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene. So wurde ein Dekret erlassen, nach dem die Frau auch nach der Eheschließung freie Entscheidung über Namen, Wohnsitz und Staatsbürgerschaft hatte. Weiters wurde die Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern festgelegt; das Gesetz bestimmte weiters, daß weder die Eltern noch die Kinder irgendwelche Ansprüche auf das Eigentum des andern hätten und daß die Verpflichtung, sich im Falle der Auflösung der Familie gegenseitig zu unterstützen, beschränkt sei auf Fälle von unverschuldeter Not und Arbeitsunfähigkeit. Nach einem späteren Gesetz (1926) war es nicht einmal mehr notwendig Ehen zu registrieren, die Scheidung wurde ebenfalls auf Antrag eines Partners einfach registriert. Auf sexuellem Gebiet wurde die Abtreibung legalisiert, Ehebruch, Bigamie, Inzest und Homosexualität als strafbare Handlungen annulliert.

Später wurden diese Maßnahmen vor allem aus ökonomischen und politischen Gründen zum Großteil zurückgenommen.

Zweitens wurden Maßnahmen begonnen, die das praktische Leben betrafen. So wurden Großküchen errichtet und Kinderbewahrungsstellen eingerichtet.

Warum wurden familienpolitische Maßnahmen getroffen, die die Auflösung der überkommenen Familie zur Folge haben mußten? Lenin begründete die Notwendigkeit dieser Maßnahmen damit, daß die Stellung der Frau in der traditionellen Familie, die Haussklaverei, verhindere, daß die Frauen gleichberechtigt am politischen und sozialen Leben teilnahmen. Die Frau kann solange die Gleichberechtigung mit den Männern nicht erringen, als auf der Familie die Versorgungs- und Sozialisierungsaufgabe lastet, das bedeutet also die Notwendigkeit der Übernahme der Versorgungs- und Erziehungsaufgaben durch die Gesellschaft.

Die Hauptfrage ist, wie es der Frau ermöglicht werden kann, Benachteiligungen zu überwinden und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist auf die Lebensrechte der Männer bezogen. Wenn wir also familienpolitische Vorstellungen ent-



wickeln, die die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern fördern sollen, so müssen wir uns fragen, ob die Männer untereinander gleichberechtigt sind. Da treffen wir im Kapitalismus zweifellos auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, auf den Widerspruch der Interessen der Lohnarbeiter und der Kapitalisten, ihren äußerst ungleichen Einfluß auf die Entwicklung des Kapitalismus. Die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern kann im Kapitalismus nur die Gleichberechtigung mit den Klassengenossen sein. Marx, Engels und Lenin stellen daher auch fest, daß die wirkliche Gleichberechtigung nicht möglich ist, solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, daß aber die Gleichberechtigung im Kapitalismus, die nur in der klassenbewußten Organisation von arbeitenden Männern und Frauen ihren höchsten Ausdruck finden könne, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital reiner hervortreten lasse. Werden also familienpolitische Vorstellungen entworfen, die, anstatt die Funktion der Familie im Kapitalismus zum Ausgang zu nehmen, die bestehende Familie gar nicht in Frage stellen, so versucht man mit Herumdokerei den Kapitalismus zu kurieren, da ändert sich auch nichts daran, wenn von moderner Familienpolitik gesprochen wird. Auch die moderne Familie hat die Versorgungsfunktion, was nichts anderes heißt, als die Aufspaltung der Gesellschaft in Einzelhaushalte, was im Kapitalismus, wegen des Absatzmarktes, schon allein wirtschaftlich notwendig ist; weiters hat die Familie die Erziehungsfunktion übernommen; es soll hier nicht das Problem der individualisierten Erziehung, der Charakterbildung in Kleinfamilien, der im Kapitalismus notwendigen Kostenabwälzung für Versorgungs- und Erziehungsaufgaben auf die Kleinfamilie etc. näher ausgeführt werden, eines muß klar ausgesprochen werden: die Übertragung der Versorgungs- und Erziehungsaufgaben auf die Familie verewigen die für die Frau verhängnisvolle Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau und macht die Gleichberechtigung der Frau unmöglich.

Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Frau ist ihre Teilnahme am Produktionsprozeß: im Kapitalismus führt das dazu, daß die berufstätige Frau zu den benachteiligten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse gehört. Bei Weiterbestehen der traditionellen "modernen" Familie fällt auf die Frau die Doppelbelastung von Beruf und Familie. Die Kapitalisten haben diese Doppelbelastung der Frau seit Beginn des Kapitalismus immer für die Erhöhung ihres Profites auswerten können. Aufgrund der in der historischen Klassengesellschaft traditionellen Stellung der Frau wurde auch im

Kapitalismus "der Haushalt als die eigentliche Berufung der Frau angesehen; die Arbeitskraft der Frau war daher unqualifiziert und der Realität widersprechend, nicht für eine außerhäusliche (Fabriks-)Arbeit geschaffen"; sie war daher billiger. Das Wehklagen über massenhafte Verfehlungen ihres eigentlichen Berufes, der Mutterschaft und des Zentrums der Familie, sind daher meist nichts anderes als die Marktschreiereien, die den Kauf billiger weiblicher Arbeitskraft verdecken helfen.

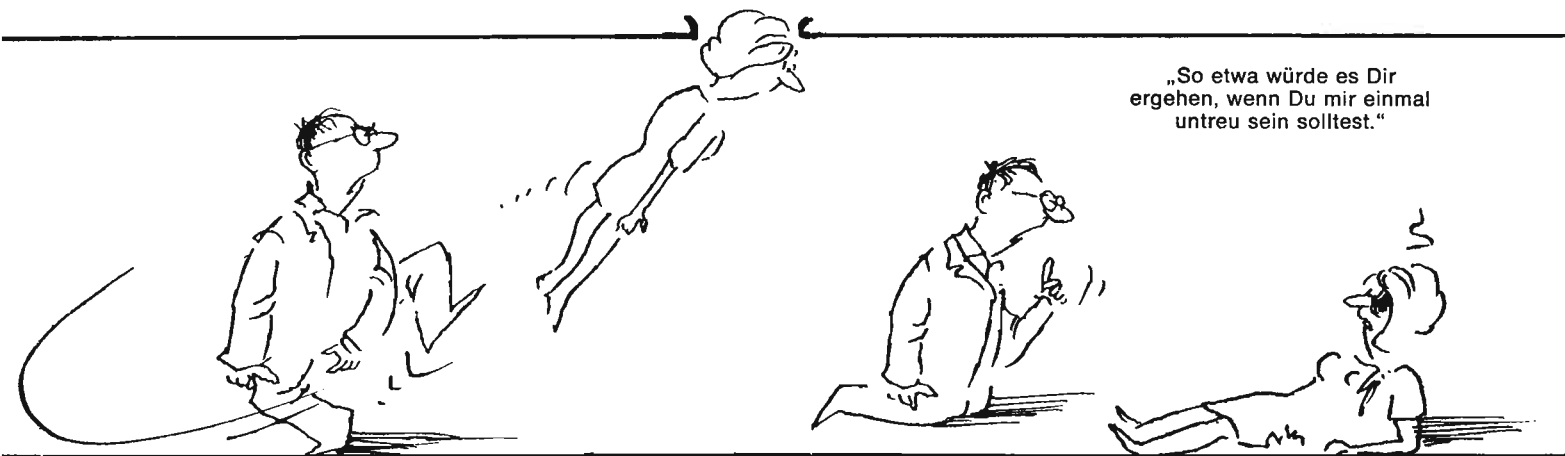
Wenn familienpolitisch argumentiert wird, daß die Teilzeitarbeit eine Lösung bringen könne, so verstärkt dies einerseits die Festlegung der Frauen auf die traditionelle Frauenrolle, andererseits kommt gerade hierin jene im Kapitalismus übliche Form der Frauenarbeit, nämlich in der Funktion einer industriellen Reservearmee reiner zum Ausdruck: Erhöhung der Produktivität, niedrige Löhne, bessere Möglichkeiten - für die Kapitalisten - der Entlassung je nach Konjunkturlage und vor allem aber erschwerte Organisation des Klassenkampfes.

Aus der Analyse der weiblichen Berufsarbeit muß die Erkenntnis gezogen werden, daß die Frauen eine der benachteiligten Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse sind; weiters müssen die günstigen und ungünstigen Möglichkeiten, die sich aus der weiblichen Berufstätigkeit für die Organisation des Klassenkampfes ergeben, analysiert werden. Es ist klar, daß infolge der gesellschaftlichen Stellung der Frau familienpolitische Vorstellungen eine besondere Rolle spielen müssen, aber diese familienpolitischen Vorstellungen müssen orientiert werden an den konkreten historischen Möglichkeiten der Organisation des Klassenkampfes der Frauen und der Arbeiterklasse.

## 2.

Engels, Lenin u. a. sehen in der Teilnahme der Frauen am Produktionsprozeß deswegen eine Voraussetzung für ihre Gleichberechtigung, weil sie diese Teilnahme am Produktionsprozeß im Klassenkampf gleichberechtigt an die Seite der Männer stellt. Dieses allgemeine Verständnis des gemeinsamen Klassenkampfes ist jedoch erst im entfalteten gemeinsamen Klassenkampf möglich; ist der Klassenkampf und das Klassenbewußtsein kaum entwickelt, gelingt es, die verschiedenen Fraktionen des Proletariats

Fortsetzung auf Seite 12



schon durch ihre Existenzbedingungen zu zersplittern. Insofern zeigt das unter der Arbeiterklasse und ihren Organisationen herrschende Verständnis der Lage der weiblichen Arbeiterbevölkerung auch die Reife der gesamten Arbeiterklasse.

Die Existenzbedingungen eines Großteils der berufstätigen Frauen sind weitaus schlechter als die der Männer. Erstens sind die Frauen zumeist in unqualifizierten Berufen beschäftigt und bekommen selbst bei gleicher Qualifikation und Leistung niedrigeren Lohn. Zweitens bilden hauptsächlich die Frauen der Arbeiterklasse ein ständiges Arbeitskräftereservoir, das je nach Konjunkturlage ausgeschöpft werden kann.

Diese Benachteiligung der Frauen hängt eng zusammen mit ihrer Familienrolle. Zum einen hat die Frau in der Familie die Aufgaben der Reproduktion und Heranziehung einer neuen Arbeiterbevölkerung und der Regeneration der Arbeitskraft des Mannes. Diese Einschränkung der Frau auf die Familienrolle wirkt sich in der Erziehung von Mädchen dahingehend aus, daß ihnen als eigentliche Aufgabe die Vorbereitung auf ihre Familienrolle vorgestellt wird und deshalb der Berufsausbildung der Mädchen, wie sich statistisch nachweisen läßt, geringere Bedeutung gegeben wird. Weiters betrachten die Frauen infolge ihrer Bindung an die Familienrolle ihre Berufstätigkeit als gerade notwendigen Nebenerwerb, sie empfinden die Beschränkung auf die Haushaltstätigkeit nicht als Arbeitslosigkeit; derart eignet sich der Haushalt als Pufferzone für die Abdämpfung von Wirtschaftsrezessionen.

Zum anderen führt die für Frauen unerträgliche Belastung, durch die Doppelrolle, die schlechteren Existenzbedingungen herbei. Da den Frauen neben ihrer Berufstätigkeit weiterhin die Belastung, die sich aus der Familienrolle ergibt, mehr oder weniger aufgebürdet bleibt, bleibt ihnen die Möglichkeit, sich beruflich zu qualifizieren, versagt.

(Es geht hier nicht so sehr um die heuchlerische Ideologie, daß dem Fähigen ermöglicht sein müsse, die ihm gemäße Position im Berufsleben zu erringen, als vielmehr darum, daß die Existenzbedingungen der berufstätigen Frauen diese in einer Weise belasten und in der Belastung isolieren, daß die berufstätigen Frauen nur sehr schwer zur Organisierung ihrer bloß gewerkschaftlichen Interessen bereit sind). Daher ist bei einer allgemein höheren Qualifikation des Arbeitsvermögens der Frauen zu beachten, ob dadurch die Gleichberechtigung erreicht wird, oder ob allein die Frauenarbeit bloß an neue Produktionsbedingungen angepaßt wird.

Unter Hinweis auf die Belastung der berufstätigen Frau, durch die Hausarbeit, versuchen die Kapitalisten andererseits die weiblichen Arbeitskräfte zu den für sie günstigsten Bedingungen zu kaufen. Wenn der geringere Lohn für Frauenarbeit damit gerechtfertigt wird, daß der Mann der Familienernährer und die Frau infolge ihrer Familienrolle nur als Mitverdienerin gilt, so ist die Beurteilung

der Familienrolle der Frau als Moment des Lohnkampfes eine Form des Klassenkampfes.

In der Frauenfrage ist die Funktion einer Ideologie im Klassenkampf erkennbar. Scheinbar herrscht ein Widerspruch zwischen der Ideologie von der natürlichen Aufgabe der Frau in der Familie und der Realität der massenhaften Frauenarbeit. Aber gerade wenn unter der Arbeiterbevölkerung die Ideologie von den natürlichen Aufgaben der Frauen in der Familie verbreitet ist, werden die Frauen zu einem einsetzbarem Arbeitskräftepotential: die Arbeiterbevölkerung sieht den eigentlichen Platz der Frau im Haushalt, selbst wenn die Frau berufstätig ist, hat sie die Hauptlast des Haushaltes zu tragen, sie empfindet ihre Haushaltstätigkeit nicht als Arbeitslosigkeit, die Berufstätigkeit als notwendiges Übel, die gesellschaftlich übliche diskriminierende Bewertung der Frauenberufstätigkeit scheint der Realität zu entsprechen.

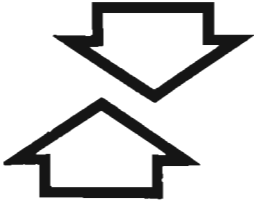
In dieser Form des Klassenkampfes zeigt sich der Schwächezustand von Arbeiterorganisationen darin, daß sie in ihrer Auffassung von der Ideologie der natürlichen Aufgaben der Frau in der Familie, die dazu dient, die weibliche und männliche Arbeitsbevölkerung zu zersplittern, beeinflusst werden.

So wenn Scheinlösungen wie Teilzeitarbeit und bezahlte Hausarbeit, die nur die sozio-ökonomische Rolle der Frau im Kapitalismus festigen, vorgeschlagen werden.

- + Für die Entwicklung des Klassenbewußtseins ist die Kenntnis und Vermittlung der Probleme weiblicher Berufstätiger notwendig. Zugleich muß begonnen werden, die Benachteiligung der berufstätigen Frauen im Klassenkampf aufzuheben.
- + An den Beginn sind die Forderung, und die Durchsetzung der Forderung nach, von der Arbeiterklasse kontrollierten, gemeinschaftlichen Einrichtungen wie Küchen, Kindergärten etc., zur Beseitigung der Einzelhaushalte zu stellen.
- + Es ist notwendig, die berufstätigen Frauen auf die konkreten Formen der Unterdrückung aufmerksam zu machen (z. B. in der Betriebszeitung). Um die Organisierung der Frauen voranzutreiben, muß ihre Bereitschaft, für bessere (nämlich gleichberechtigte) Arbeitsbedingungen zu kämpfen, geschaffen werden.



# Internationale



## Kontakte

Am 22./23. Jänner 1972 fand in Paris eine Versammlung des Verbindungskomitees für eine revolutionäre Jugendinternationale statt, an der - als Beobachter - auch eine Delegation der FÖJ teilnahm. Hier ist ihr Bericht.

Am 3./4. Juli 1972 wurde in Essen das Verbindungskomitee für eine revolutionäre Jugendinternationale auf einem Treffen von 32 Jugendorganisationen ins Leben gerufen. Die wichtigsten dieser Organisationen sind die AJS (Alliance des Jeunes pour le Socialisme - Allianz der Jugend für den Sozialismus. Die AJS hat einige tausend Mitglieder, vor allem in Paris; die anderen Organisationen sind weitaus kleiner.) die bei der Versammlung des Komitees am 22./23. Jänner 1972 Gastgeber war, die Junge Garde aus Westdeutschland und die CLEPE (Comité de Liaison des Étudiants des Pays de l'Est - Verbindungskomitee der Studenten der Oststaaten), deren Vertreter bei einem Besuch in Wien die FÖJ zur Entsendung einer Delegation eingeladen hatten. Diese Organisationen sind trotzkistisch orientiert, ebenso der Großteil der anderen Mitglieder des Verbindungskomitees, Organisationen aus Afrika, Belgien, Bolivien, Brasilien, Israel, Mexico, Peru, Portugal, Spanien, Venezuela und Argentinien.

Auf dieser Versammlung gab es zwei Schwerpunkte:

Die allgemeine Weiterarbeit des Verbindungskomitees und der Aufbau einer Kampagne gegen die Unterdrückung in der UdSSR und Osteuropa. Wegen der Wichtigkeit des Themas war für uns der zweite Punkt

von Interesse. Die Genossen von der CLEPE legten auf unsere Mitarbeit großen Wert, da der gute Ruf, den die FÖJ seit ihrer Trennung von der KPÖ bei der westeuropäischen Linken hat, eng mit unserer Haltung zu diesen Fragen zusammenhängt.

Die Diskussion über die Resolution, deren endgültiger Wortlaut anschließend abgedruckt ist, zeigte allerdings zahlreiche Meinungsverschiedenheiten.

Vor allem in dem Punkt, der Jugoslawien betrifft, kommt die Tendenz der Genossen vom Verbindungskomitee zum Ausdruck, alle Gegner der Regime in den Oststaaten als Kämpfer für den Sozialismus zu betrachten und keine klare Unterscheidung zwischen linker und rechter Opposition zu treffen. Ein Vertreter der AJS erklärte in der Diskussion: "... die Existenz von konterrevolutionären Kräften in diesen Ländern sei unbestritten, doch ihr schädlicher Einfluß gering, verglichen mit dem allumfassenden Einfluß der bürokratischen staatlichen Machtapparate." Das trifft aber sicher auf Jugoslawien nicht zu, wo die Stärke der nationalistischen Kräfte in Kroatien, selbst in der kroatischen Parteiorganisation, bereits eine echte Bedrohung für die Weiterexistenz des Staates darstellt. Daher ist es falsch, die Maßnahmen der jugoslawischen Führung in dieser Situation einfach als Normalisierung, also als Unter-

drückungsmaßnahmen gegen eine linke Opposition zusammenzufassen. Daher wurde dieser Punkt von unserer Übereinstimmung ausgenommen.

Nichtsdestoweniger haben wir den anderen Teilen der Resolution zugestimmt, und werden wir die Kontakte, den Austausch von Informationen usw. mit dem Verbindungskomitee weiterführen.

Es ist sehr bedauerlich, daß es im Augenblick keine breite Basis für eine Kampagne gegen die Unterdrückung in den Oststaaten gibt; gerade in dieser Situation ist es notwendig, wegen der Bedeutung dieses Themas Differenzen in der Zusammenarbeit zu überwinden, wo es nur möglich ist, eine gemeinsame Basis zu finden.

Die Beschäftigung mit diesen Fragen ist für die FÖJ wichtig, umso mehr, da, wie gelegentliche interne Diskussionen zeigen, innerhalb unserer Organisation Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das heißt, die Vergangenheit ist noch nicht bewältigt. Die Forcierung der internen Diskussion über dieses Thema und eventuell die Einrichtung einer theoretischen Kommission in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sind daher ebenso anzustreben wie eine Verstärkung der Informationsarbeit nach außen.

An der Diskussion über die weiteren Arbeiten des Verbindungskomitees beteiligten wir uns nicht, ich fasse zur Information kurz zusammen:

Ab Februar beginnt die Junge Garde in Deutschland, unter Beteiligung von Genossen der AJS und der CLEPE, eine Diskussion auf breiter Basis zur Erstellung eines Aktionsprogramms der Jugend.

Im Sommer 1972 wird ein internationales Lager organisiert werden, um Kontakte zu fördern und gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen.

Das Verbindungskomitee wird in Zukunft monatliche Sitzungen seines Sekretariats durchführen und zu diesen Anlässen ein Bulletin herausgeben, zu dem die verschiedenen nationalen Organisationen Beiträge beisteuern werden.

Helmut HIRSCH

Vom Verbindungskomitee für  
eine Internationale der revolutionären Jugend  
angenommener Vorschlag.

( Am 23. Jänner 1972 in Paris beschlossen )

Diejenigen, die in Osteuropa und der UdSSR für den Sozialismus und für die Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften kämpfen, werden von der Bürokratie bedroht und geschlagen, jener Bürokratie, die sich gleichzeitig mit dem Imperialismus gegen die spanischen Bergarbeiter und gegen die ausgehungerten Massen von Bengalen verbündete.

Die Folge der militärischen Besetzung der Tschechoslowakei, die Normalisierung, wird von allen Aktivisten aller Richtungen der internationalen Arbeiterbewegung verurteilt, das ist ein allgemeiner Prozeß geworden und zeigt sich von Tag zu Tag stärker.

Freiheit für Boukovsky!

Freiheit für Skutina!

Freiheit für Grigorenko, Müller, Uhl, Prchlik, Pachmann,  
Sabata, Hübl!

Beantworten wir den Appell, den Smrkovsky an die gesamte internationale Arbeiterbewegung gerichtet hat, wie es unsere tschechoslowakischen Genossen schon getan haben!

I) Das Verbindungskomitee, die Gesamtheit der Organisationen die es bilden, so wie alle anwesenden Aktivisten engagieren sich, eine Kampagne gegen die Normalisierung zu entwickeln und zu intensivieren, diese Kampagne kann und muß die verschiedensten Formen annehmen:

- + Eine permanente Informations- und Agitationskampagne durch Publikationen.
- + Die Organisation von verschiedenen Demonstrationen, Kundgebungen, Resolutionen; Stellungnahmen verschiedener Organisationen mit dem Ziel, in diesem Kampf die Einheit mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der gesamten Arbeiterbewegung und ihrer Jugendorganisationen zu erreichen.
- + Dieser Kampf muß immer mehr Mitglieder und Aktivisten der obgenannten Organisationen erfassen, damit diese Einheit der Arbeiterorganisationen verwirklicht wird.
- + Die anwesenden Organisationen kämpfen ebenso für spezielle Kampagnen, die, dem Sinn dieses Kampfes nicht widersprechen, im Gegenteil mit ihm parallellaufen, wie z.B. Stellungnahmen von Psychiatern, Wissenschaftern etc. . .
- + Dieser gesamte Kampf soll seinen Ausdruck in der Konstituierung einer Untersuchungskommission der internationalen Arbeiterbewegung erzielen, für die sich die UNEF, die NSA, die FEN etc. . . ausgesprochen haben; einer Kommission, die die Gesamtheit aller Strömungen und Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung und der Jugend vereint, dies ist unser Hauptziel.

II) Das Verbindungskomitee, die Organisationen die es bilden, sowie alle bei dieser Versammlung anwesenden Aktivisten engagieren sich, bis zur nächsten Sitzung (die in drei Monaten stattfinden wird), in verschiedenen Städten Europas. Im besonderen in Paris, Brüssel, Berlin und anderen Städten Deutschlands und Österreichs, eine Aktion zu organisieren, deren Form von den speziellen Bedingungen abhängen wird (Versammlungen, Petitionen, Komitees). Dies ist als Anfang einer breiten internationalen Kampagne für die Befreiung von Boukovsky, Skutina, Prchlik und aller ihrer Genossen zu verstehen.

III) Das Verbindungskomitee stellt fest, daß die Normalisierung auch in Jugoslawien ausgelöst wurde. In diesem Rahmen ist es zu sehen, daß die Redaktion der offiziellen Zeitschrift der jugoslawischen Studentengewerkschaft "Student" einmal mehr willkürlich abgesetzt wurde, weil Auszüge aus Samisdat und dem Appell Smrkovskys publiziert wurden, sowie wegen ihrer Stellungnahme für die Untersuchungskommission der internationalen Arbeiterbewegung.

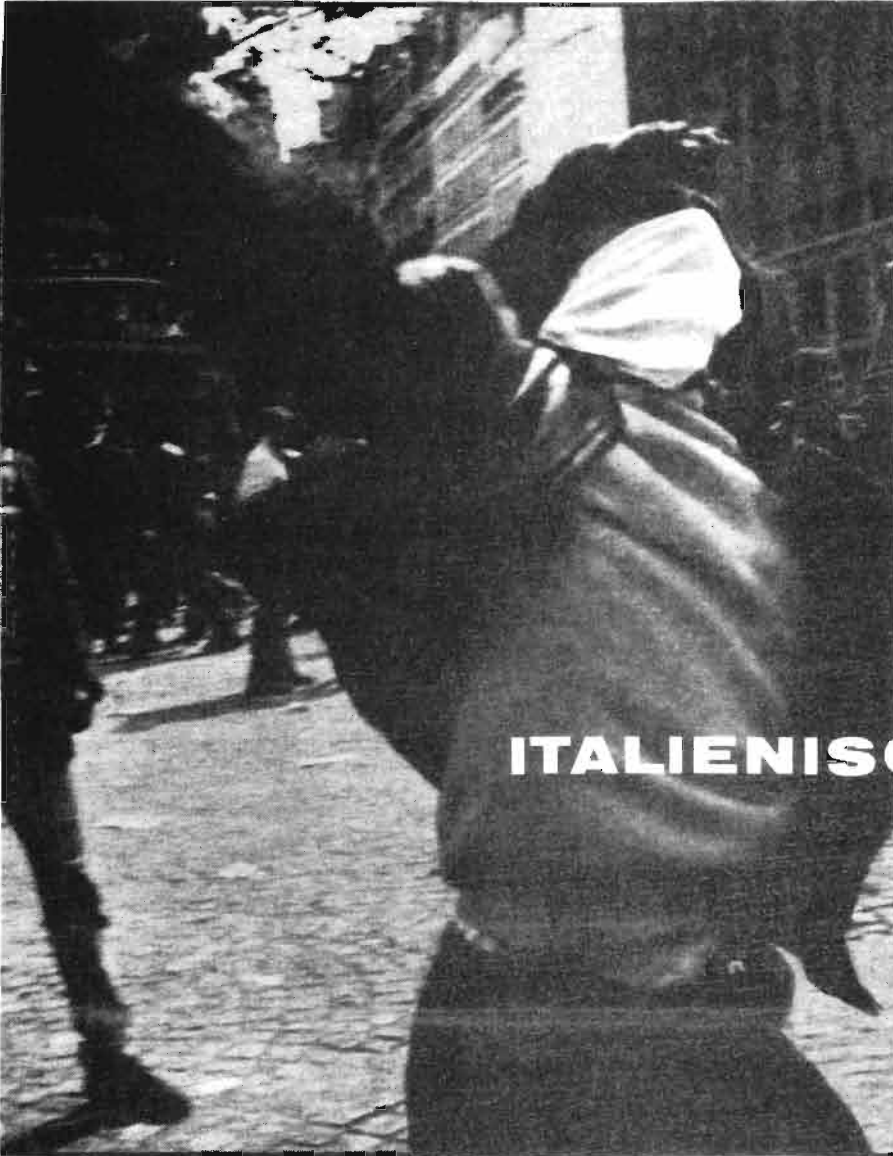
Das Verbindungskomitee unterstützt den Kampf, der von den Studenten und den Intellektuellen Jugoslawiens für die Pressefreiheit geführt wird und wendet sich einmal mehr an die Gesamtheit der internationalen Arbeiterbewegung damit ihre Organisationen von ihrer Seite diesen Kampf aufnehmen, der von Dutzenden, Hunderten, Tausenden jugoslawischer Studenten und Intellektuellen geführt wird.

Das Verbindungskomitee, und im Besonderen sein Sekretariat, übernimmt es, diese Kampagne zu intensivieren, sowohl auf der Ebene von Informationen wie der Empfehlung von Aktionen, nach der Entwicklung der allgemeinen Normalisierung und unseres Kampfes gegen sie.

#### ANHANG AN DIE RESOLUTION ÜBER OSTEUROPA:

Die Vertreter der "FÖJ - Bewegung für Sozialismus", die als Beobachter an den Diskussionen in Paris teilgenommen haben, erklären ihre persönliche Übereinstimmung mit dem Inhalt dieser Resolution, mit Ausnahme des Jugoslawien betreffenden Teiles.

Sie glauben sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit ihrer Organisation, Eine offizielle Stellungnahme, die die Organisation verpflichtet, ist der Leitung der "FÖJ - Bewegung für Sozialismus" vorbehalten.



# DIE ITALIENISCHE LINKE (1)

Stefano GARRONI (Rom)

Wenn auch im Allgemeinen gesagt werden kann, daß das Phänomen der "Neuen Linken" eine Manifestation des schweren Unbehagens ist, das heute wachsende Massen von Kleinbürgern erfaßt, ist es doch auf jeden Fall sicher, daß dieses Phänomen in den verschiedenen europäischen Ländern verschiedene Beziehungen (verschieden an Ausbreitung und Intensität) zum Widerstand der Arbeiter gegen den sozialen Preis, den sie in dieser Phase des Kapitalismus zu entrichten haben, hergestellt hat. Auf diese Art und Weise wird die "Neue Linke" ein politisches Phänomen, das derartig kompliziert und reich an Aspekten ist, daß es ihr gelingt, aus ihren ursprünglichen Grenzen ausubrechen und ihren Aktionsradius auf ein weiteres, und soziologisch gesehen wichtigstes, "Gebiet" auszuweiten. Daher kann sie die objek-

tive Bedeutung eines Sammelpunktes der verschiedenen Tendenzen erlangen, die sich, aus dem Schoß der antiken und neueren Geschichte der Arbeiterbewegung kommend, gegen den historischen Verrat des Marxismus und der Revolution, der vom Stalinismus und seiner Ableger begangen wird, gruppieren. Gerade das Zusammentreffen dieser drei Faktoren (1.) der Rebellion der Studenten; (2.) des "Zornes" der Arbeiter; (3.) des revolutionären Marxismus, macht aus der "Neuen Linken" ein sehr komplexes Phänomen, das gleichzeitig Beispiele der entwaffendsten politischen Naivität und Rohheit, und den Beweis eines internationalen revolutionären Wiederaufschwunges liefern kann. Ohne dieser Kompliziertheit bewußt zu sein ist es nicht möglich, die für die "Neue Linke" charakteristische "Schwierigkeit" zu verste-

hen, die großen Linien der marxistischen (wissenschaftlichen!) Grundlagen des revolutionären Kampfes zurückzuerobern (aber auch wiederzubeleben). Nur traditionelle Kader, von unheilbarem Aristokratismus und politischer Blindheit geschlagen, können eine Abkehr von diesem Reservoir revolutionärer Energie gutheißen, indem sie seine, natürlich existierenden Widersprüche, seine Naivität und theoretisch-politische Rohheit als Vorwand nehmen.

Wegen der historischen und neueren Charakteristiken seiner politischen Umgebung, ist Italien ein besonders wichtiges Beispiel der "Licht- und Schattenseiten", der "Neuen Linken": seine interne Dynamik verstehen heißt daher, Aspekte und Tendenzen herausarbeiten zu können, deren Wert über die nationalen Grenzen hinausgeht und eine weit-

aus tiefere Bedeutung annimmt. Hier werden einige Erklärungen nötig sein. Die Arbeitertradition in Italien ist in einer starken Kommunistischen Partei vertreten, die, obwohl historisch gesehen von einer Gruppe stalinistischer Führer gelenkt, doch eine der wichtigsten Kräfte darstellt, die in der neueren nationalen Geschichte eine Rolle spielen: weder der Kampf gegen den Faschismus, noch die darauffolgenden Kämpfe für eine moderne und demokratische Entwicklung wären ohne diese starke, kämpferische und wirkliche Massenpartei möglich gewesen. Ich will damit sagen, daß die italienischen Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen in den letzten Jahrzehnten die Erfahrungen großer und ununterbrochener Massenkämpfe gemacht haben, die von der KPI (oft auf Kosten des Lebens ihrer Kader) organisiert und geleitet wurden. Was hat es dieser Partei, die in Wirklichkeit eine opportunistische ist, möglich gemacht, trotzdem die Anregerin dieser Massenkämpfe zu sein? Die komplette Rückständigkeit der ökonomischen und produktiven Strukturen Italiens und die daraus folgende erzreaktionäre Linie, die Industriellenverband, Regierung und Vatikan während und nach dem Faschismus vertraten. Diese Situation war es, die es den demokratischen und nationalen Losungen der KPI (im Inhalt alle in die objektive Logik der kapitalistischen Entwicklung integriert) erlaubte, mit einem starken und gewalttätigen Widerstand der Arbeitgeber und des Vatikans zusammenzustoßen.

Um diese Situation zu verstehen, muß man die Tatsache berücksichtigen, daß die Losungen, die die KPI in den vierziger und fünfziger Jahren den Massenkämpfen gab,

später fast alle Programmpunkte der folgenden Mitte-Links-Regierung geworden sind.

Das erklärt zwei fundamentale Aspekte der neueren politischen Geschichte Italiens:

- a) das Werk wahrer Korruption des Klassenbewußtseins, vom togliatistischen "Revisionismus" vorangetrieben, konnte sich der italienischen Rückständigkeit bedienen, um sich für eine Verteidigung des Marxismus auszugeben; es konnte alle Spannungen, Ansporne und Ansprüche auf eine tiefgehende Erneuerung, die von der Basis kamen, an sich binden, auch wenn sie sie in Perspektiven eindämmte, die auf lange Sicht verlieren mußten (untergeordnet nämlich, der objektiven Logik der kapitalistischen Entwicklung).
- b) KPI und CGIL (die sozialistisch-kommunistische Gewerkschaft) haben tiefe und ausgedehnte Beziehungen zu den Arbeitermassen hergestellt und deren Vertrauen erlangt; außerdem ist die KPI der notwendige Sammelpunkt aller jener Marxisten geworden, die sich, obwohl sie sich der unmarxistischen Politik Stalins und Togliattis bewußt waren, doch nicht die Möglichkeit einer Beziehung zu den Arbeitermassen verschließen wollten.

Das hat bewirkt, daß schließlich auch diese Marxisten die italienische Realität durch den ablenkenden Filter der KPI-internen Diskussionen sahen, und mit ihren Konzepten innerhalb des theoretischen Bildes der Konzepte der KPI blieben (auch wenn sie es nur als zu bekämpfendes Element angenommen hatten). Das hilft zu verstehen, warum das Auftauchen neuer objektiver Möglichkeiten des Massenkampfes in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre

auch traditionsgemäß antistalinistische Gruppen (Trotzkisten und Bordigisten\*) vollkommen unvorbereitet und "isoliert" vorgefunden hat! Aber es erklärt auch die spezifisch theoretische Leere außerhalb der KPI, die für die italienische "Neue Linke" so sehr charakteristisch war (und es immer noch ist).

Prinzipiell kann festgestellt werden, daß in Italien eine stalinistische und nicht sozialistische, geschickt manövrierende Partei, mit einer langen Kampftradition und tiefen Beziehungen zu den Massen, die Funktion hatte, die objektiv antikapitalistischen Gesellschaftsschichten zu sammeln und zu vereinigen. Die marxistischen linken Gruppen haben sich auf diesen Sammelpunkt bezogen mit dem Ergebnis, weder dauerhafte Beziehungen zu den Arbeitern, noch eine theoretische Alternative verwirklichen zu können. Das einzige Resultat, das die linken Kommunisten verwirklichen konnten, war, einige politische Kader zu formieren, die, nachdem die "Rebellion" der Studenten ausgebrochen war, deren Zügel in die Hand nahmen. Das gilt vor allem, aber nicht nur, für die revolutionären Kader, die sich innerhalb der italienischen Sektion der IV. Internationale formiert haben.

\*) Bordigisten, der Name stammt von ihrem Führer Bordiga, der die Abspaltung der Kommunisten von den Sozialisten im Januar 1921 in Livorno durchführte. Führt die PCI bis 1923, wo er freiwillig von den Führungssämtern zurücktrat, weil er die Kominternpolitik nicht billigte. Kritisierte von einem orthodox-internationalistischen Standpunkt aus die Linie der Komintern (1926 mit Trotzkisten verbündet) und der PCI unter der Leitung Gramscis. 1929 Parteiausschluß.



Aber wie hat sich diese spontane Leadership der Aktivisten, die sich außerhalb und vor der Studentenbewegung politisch formiert hatten, verwirklicht? Unter den denkbar ungünstigsten Umständen, in Form von persönlichem Prestige, das sich dieser oder jener Genosse zu erringen gewußt hatte. Die Unmöglichkeit, sich auf eine politische linke Organisation zu stützen, hat den einzelnen Leader effektiv dem unvermittelt spontanen Bewußtsein der Masse der Studenten ausgeliefert, und ihn gezwungen, um nicht isoliert zu werden, die schnellen - allzu schnellen - Variationen der Orientierung, die von der Basis erzwungen wurden und meistens aus der Unerfahrenheit der Masse der Studenten resultierten, mitzumachen und so in kurzer Zeit eine Reihe von Etappen zu durchlaufen, die von der politischen Theorie der kommunistischen Bewegung längst überholt sind. Der einzelne Leader konnte nur der Erpressung der Situation nachgeben, auch wenn er auf jeden Fall, dahinzielte, die Spontanität der Basis zu korrigieren und zu lenken.

Es war die Notwendigkeit, auf die gewalttätige Repression des bürgerlichen Staates zu antworten, die die Studentenbewegung davon überzeugte, daß sie ihre "Einflußsphäre" erweitern und "vor die Fabriken gehen" müsse. Die Notwendigkeit, der bürgerlichen Reaktion eine Erweiterung des Massenprotests gegenüberzustellen, funktionierte objektiv gesehen als eine erste praktische Lektion von Marxismus für die Studenten. Das Zusammentreffen "vor den Fabriken" mit den Arbeitern bedeutete die Erkenntnis:

a) daß die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Front eine Hauptrolle spielt;

b) daß das Studium der Bedingungen der Arbeit und der politischen Ökonomie notwendig ist;

c) daß es notwendig ist, die Phase der Spontanität zu überwinden und sich festere Organisationsformen zu geben.

Es ist vollkommen klar, daß Schichten, die unerfahren und jeglicher Tradition politischer Kämpfe auf Massensbasis entbehren, wie es bei den Studenten der Fall ist, den Übergang in diese neue Phase auf "irreführende" und naive Art erlebt haben: die Notwendigkeit, die Entfremdung zum Proletariat zu überwinden, führte, bei den Gruppen der "Neuen Linken", die sich inzwischen gebildet und vielfältig hatten, einerseits zur treuen Anlehnung an dieses oder jenes "lohnende" Modell (ob Mao oder Che ist von geringer Bedeutung); andererseits führte sie noch einmal zur Produktion eines falschen Bildes von sich selbst.

Während in der spontanen Phase, die Studentenbewegung sich an Stelle der Arbeiterklasse zur "revolutionären Avant-Garde" erklärte, erlebte sie in der darauffolgenden Phase - in der des "Vor-die-Fabriken-Gehens" und der Formierung der "Gruppen" - die Vielfältigung von angeblichen Parteien und "Parteichen" der "Avant-Garde". Aber über diese Fehler hinaus stellten die neuen Beziehungen zwischen Studenten und Arbeitern mit all ihren Schwierigkeiten, doch eine gewisse Antwort auf reelle und objektive Notwendigkeiten dar.

Tatsächlich waren in Italien am Ende der fünfziger Jahre und im darauffolgenden Jahrzehnt tiefgehende Veränderungen der ökonomischen und produktiven Strukturen vor sich gegangen, die aus Italien eines der am meisten industrialisierten Länder mit einer hohen Integration in den kapitalistischen Weltmarkt machten. Italien begann die typischen Phänomene des reifen Kapitalismus, sei-

ner Widersprüche und seiner Inseln von Unterentwicklung, die sich unter anderem mit dem Phänomen einer antiken Rückständigkeit kreuzten, kennenzulernen. Im Inneren der Fabriken reifte in den Arbeitern eine sehr große Bereitschaft und Entschlossenheit, gegen die immer größere Intensivierung der Arbeit, die immer schwereren Turnusse, die immer größere Arbeitsteilung und den realen Wertverlust des Lohnes wegen der wachsenden Inflationsrate zu kämpfen. Auf diese Situation, die für den entwickelten Kapitalismus typisch ist, wußten KPI und CGIL, an die Perspektive einer demokratischen und nationalen Entwicklung gebunden, nicht zu antworten. Sie befanden sich in der kuriosen Situation, den eigentlichen Kern ihrer traditionellen Politik verwirklicht zu sehen (von den Unternehmern natürlich!); sie stießen mit der Realität einer modernen Entwicklung zusammen, die nicht nur nicht die Macht der Unternehmer beschränkte, sondern sie im Gegenteil noch vergrößerte; und gleichzeitig erschwerte sich die Lage des Proletariats im Allgemeinen.

Diese politische (und gewerkschaftliche) Leere, die sich so herausgebildet hatte, wurde in gewisser Weise vom "Zorn" der Arbeiter ausgefüllt, der in der Aktion der "Gruppen" einen einigermaßen nützlichen Verbündeten fand.

Aber sehr bald mußte (und muß immer mehr) die naive "Lobpreisung der Gruppen" gegenüber der effektiven Ausbreitung der Arbeiterkämpfe und der Realisierung der (kleinsten) Beziehungen zwischen Arbeitern und Studenten mit der Realität eines sehr komplizierten und alles andere als in vereinfachende und bequeme Schemen einzuengenden politischen Gesamt-

bildes zusammenstoßen. Gerade die großen Arbeiterkämpfe des "heißen Herbstes" (1969) bedeuteten die Wiedererstarkung der Gewerkschaften: wenn auch rein taktisch, und wenn auch wieder eine opportunistische Linie vorschlagend, wußten die traditionellen Organisationen (vor allem die CGIL) doch sich gewisse Losungen, aus dem Zusammentreffen zwischen "Gruppen" und Fabrikarbeitern hervorgegangen, anzueignen. Wußten, definitiv gesehen, sich zu "erneuern" und durch ihre organisatorische und traditionelle Stärke ihre Positionen zurückerobern. Aus einer Phase der billigen "Lobpreisung" mußten die "Gruppen" herauskommen, um mit einer härteren und schwereren als ursprünglich vorausgesehenen Realität zusammenzustoßen, die ein hohes Maß an politischer und taktischer Reife erforderte.

Aber zwischen 1968 und 1969 war dennoch etwas geschehen: die "Neue Linke", zersplittert in verschiedene mehr oder weniger dauerhafte Gruppen, hatte sich, wenn auch unter tausend Fehlern und Widersprüchen, einen politischen Raum erobert; hatte - wenn auch oft in unkorrekter Weise - reelle Notwendigkeiten der Arbeiter aufgenommen, und war der Ort der politischen Formierung von tausenden Aktivisten geworden, die aus der Studentenbewegung kamen. Die Eroberung dieses neuen Raumes, die Tatsache, daß jetzt immerhin ein politisches Subjekt, links von den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung existierte, erhob (und erhebt mit immer wachsender Kraft) die Notwendigkeit, daß die "neuen Avant-Garden" noch einen Schritt nach vorne vom politischen (theoretischen und organisatorischen) Standpunkt her machten (und machen). Und in dieser Phase war es, daß viele "Gruppen" die Wichtigkeit der Analyse und der wissenschaftlichen Korrektheit für die Ausarbeitung einer politischen Linie wiederentdeckten. In dieser Phase geschah es auch, daß sich das Phänomen einer Krise der "Gruppen" (in Perspektive gesehen positiv) abzuzeichnen begann.

Bei genauerer Betrachtung wird nämlich klar, daß aus dem Konzept

"Gruppe" die objektiven Grenzen der Ausarbeitung einer politischen Linie, die irgendeine Aufmerksamkeit verdient, hervorgehen.

Unvermeidlich und über alle ideologischen Verschiedenheiten hinaus (denn oft handelt es sich um "Ideologie", das heißt marxistisch gesehen um falsches Bewußtsein kleinbürgerlicher Art) reduzieren sich die "Gruppen" auf verschiedene Phänomene desselben Wesens.

Tatsächlich entstehen sie notwendigerweise:

- a) ortsgebunden - das heißt aus dem Inneren einer besonderen Protestsituation, innerhalb der Grenzen dieser oder jener Realität, dieses oder jenes Bezirkes;
- b) als Randerscheinungen - als Ausdruck von am Rande stehenden sozialen Schichten (Studenten, die noch nicht in die ökonomischen Aktivität integriert sind; ehemalige Bauern aus dem Süden, vor kurzem erst in die Fabriken Norditaliens emigriert, und daher unter dem Schock einer zu schnellen Eingliederung in die Großstadt stehend, und weder über Arbeits- noch über eine organisierte Kampftradition verfügend; Intellektuelle, von ihren Arbeitsperspektiven nicht mehr befriedigt, aber auch nicht von der immer elenderen reformistischen Linie der KPI auf politisch-kulturellem Gebiet zurückzuerobern; junge Frauen, die die ersten Erfahrungen im Kampf gegen die Situation der Frauen machen; Bewohner der Borghetti\*) usw.);
- c) Gruppen die theoretisch gesehen noch sehr weit von der Reife einer marxistisch-wissenschaftlichen Denkungsweise entfernt, und im Gegenteil dem Gewicht einer kleinbürgerlichen Mythologie unterworfen, sind. (Neigung zum Abenteuerum, praktische Ungeduld, theoretische Übereilung, wirkliche Unwissenheit und wegen der starken Anwesenheit der Studenten, eine tiefe politische Naivität.)

\*) Borghetti, Blechhüttenstädte, Slums.

Definitiv gesehen, spüren die "Gruppen" im Allgemeinen die Tatsache, daß es in den "heißen zwei Jahren" (1968/69) zwar gelungen ist dem Bild der Unternehmer von "sozialem Frieden" große Schwierigkeiten zu bereiten und weitgehend dazu beizutragen, den Opportunismus der Revisionisten zu enthüllen und sie an die Wand zu drücken, daß es aber nicht gelungen ist breite Schichten von Arbeitern und erprobten Aktivisten von den traditionellen Organisationen loszulösen. Die "Gruppen", aus der Studentenbewegung geboren, sind letztlich von ihrem eigenen soziologischen Ursprung und ihrem eigenen Am-Rande-Stehen erstickt worden.

Wenn in den Fabriken eine immer größere Zahl von Arbeitern eine kritische Position gegenüber der Gewerkschaft und der Partei einnimmt, so geschieht das, trotz allem, in den vereinzelt und beschränkten Form eines unvermittelten "Protestes", der mit dem Wissen zusammengeht, daß außerhalb der CGIL im besonderen, keine ernstzunehmende Möglichkeit der Organisation und der Verteidigung existiert.

Die bisher gemachten Erörterungen müssen als eine "Einführung" in die heutige Situation der "Gruppen" angesehen werden. Diese Situation hat besondere Kennzeichen, deren Verständnis jedoch nur dann möglich ist, wenn man ihre "Geschichte" und die fundamentalen Aspekte des politischen und ökonomischen Bildes der Jahre 1970-71 nicht nur in Italien sondern international gesehen, berücksichtigt. Das ist es, was wir in einem folgenden Artikel zu zeigen versuchen werden.

(Übersetzt von Schuschi SCHOLL)



„...de obn sagn da wast machen muast,  
des machst, und dann hast dei rua; und  
vadina duast a mehr...“

Das Theaterkollektiv des Theaters der Courage spielt derzeit ein Stück, daß sich ganz spezifisch mit den Problemen der Arbeiter befaßt. Das besonders bemerkenswerte und positive an diesem Stück ist, daß es nicht eine anbietend quasisolidarische Allüre eines Literaten ist, der damit aufzeigen will, wie ihm die Probleme des Arbeiters nahegehen und am Herzen liegen. Dieses Stück wurde nicht von jemandem geschrieben, der gewissermaßen von "außen" zusieht und mehr oder minder leichtfertig seine Kommentare über Arbeitsprobleme abgibt, sondern von jemandem der selbst mitten im Arbeitsprozeß steht, nämlich von einem Arbeiter. In dieser, von ihm jahrelang erlebten Arbeitswelt, hat Heinrich Henkel, von Beruf Anstreicher, sein Stück "Eisenwischer" geschrieben.

Er behandelt in diesem Stück die Arbeitsbedingungen in einem auf totale Spezialisierung ausgerichteten ökonomischen System. Die Beziehung des Arbeiters zu seiner Arbeit, seinen Kollegen und seinem Arbeitsgeber. Henkel schrieb das Stück in einem deutschen Dialekt. Um nun die Unmittelbarkeit, den direkten Bezugsrahmen nicht zu verlieren war es die erste Aufgabe des Kollektivs, das Stück in den Wiener Dialekt zu "übersetzen". Durch diese "Übersetzung" soll folgende Reaktion verhindert werden: dem Zuseher werden Probleme

aufgezeigt, die ihn unmittelbar selbst betreffen. Trotzdem bezieht er diese Probleme nicht auf sich selbst, weil er sie nicht als seine eigenen wiedererkennt, wenn sie ihm in einer Sprache und Umgebung präsentiert werden, die ihm nicht vertraut ist. Anders ausgedrückt: der Zuseher ist oft nicht imstande ein Problem als das gleiche zu erkennen, wenn es sich in anderen, verschiedenen Manifestationen darbietet. Durch die Lokalisierung der Probleme in der sprachlichen Ausdrucksform die dem Zuseher vertraut ist, sollen aber nun die Parallelen erkennbarer, verständlicher und leichter nachvollziehbar werden. Dieselbe "Übersetzung" versucht das Theaterkollektiv auch in seiner Spielweise zu vollziehen.

Henkel schildert in seinem Stück zwei Arbeiter, die, in einem ungeheuer weitverzweigten Tunnelsystem einer Fabrik, Rohre streichen. Sie wissen nicht wofür diese Rohre da sind, sie wissen nur, sie müssen diese Rohre streichen, immer wieder, damit sie nicht rosten. Sie haben kaum eine Beziehung zu dieser Arbeit, außer jener, daß so und so viele Rohrmeter pro Tag gemacht werden müssen. Den Versuch der Bewältigung dieser, im wahrsten Sinne des Wortes, entfremdeten Arbeitssituation führen sie auf sehr unterschiedliche Art durch.



Der ältere Arbeiter versucht diese Fremdheit gegenüber seiner Arbeit, seine Ohnmacht durch produzieren von Pseudo-Erfolgs-Erlebnissen ("...sovü vatraun beim Schef via i hat kana...") in eine subjektive Arbeitszufriedenheit umzumünzen. Da seine betriebliche Position ihm kaum persönliches Prestige und fast keine Beteiligung an Weisungsrechten und betrieblichen Autoritätsstrukturen bietet, versucht er im kleinsten Rahmen Anshaffer zu spielen. Er baut Herrschaftsstrukturen auf, er will auch ein kleiner Chef sein ("...i repräsentier da de firma..."). Dieses Gefühl hilft ihm über die, durch Zwänge und Bevormundung hervorgerufenen Frustrationen leichter hinweg. Er will nicht wahrhaben, daß er und der junge Arbeiter sich in der selben gesellschaftlichen Lage befinden, nämlich daß sie beide Lohnempfänger sind. Ein gemeinsames Zusammenarbeiten gegen Ungerechtigkeiten und Bevormundung käme ihm nicht in den Sinn, da er diese objektiven Tatsachen für sich subjektiv ununterbrochen rationalisiert. Das heißt, in schicksalshafte Notwendigkeiten umwandelt, mit denen man leben muß und die einem mit der Zeit sogar liebenswert und angenehm werden. Der "Sozialpartner" wirkt als eigener Wunsch, des älteren Arbeiters, als seine ihm eigene Moral, er wünscht was er wünschen soll, er ist mit dem zufrieden was man ihm suggeriert. Er schafft sich unzählige kleine Alltagsideologien die ihm helfen sollen sich in der "komplizierten" entfremdeten Umwelt zu orientieren und zurechtfinden. "Gedankengebilde zum Ausruhen" und Stützen für seine gefährdete innere Ruhe.

Der junge Arbeiter entzieht sich dem Problem der absoluten Beziehungslosigkeit zu seiner Arbeit dadurch, daß er eben jene Arbeit in erster Linie als Mittel zum Lohnerwerb ansieht. Sein Interesse ist es vor allen seine Arbeitskraft zu einem höchstmöglichen Preis zu verkaufen. Seine Beziehung zur Firma bewegt sich fast ausschließlich auf rein geldlicher Ebene. Er trennt scharf zwischen Arbeit (Zwang) und Freizeit (Freiheit). Er arbeitet nur um sich in seiner sogenannten Freizeit möglichst viele Konsumgüter leisten zu können. Er ist kaum daran interessiert seine Position, seine Rechte am Arbeitsplatz, zu stärken, das heißt seine Macht als Produktivkraft zu erhöhen, sondern möchte eine möglichst potenter Konsument sein. Daß er am Arbeitsplatz weiter sinnlose Arbeit machen muß, nicht mitreden darf, ausgenützt wird, stört ihn relativ wenig, denn seine ganzen Interessen und Wünsche hat er ja auf den sogenannten "privaten Sektor" verlegt. Dort holt er sich seine Befriedigungen, sein "Selbstbewußtsein", dort versucht er sich zu verwirklichen.

Er mißt seinen Wert an der Summe der Konsumgüter, die er sich leisten kann. Seine soziale Anerkennung ist abhängig von der sichtbaren Größe seines Anteils an den Konsummöglichkeiten. Die Arbeit ist ihm ein sinnloser aber notwendiger Zwang. Er glaubt, daß das "Leben" erst beginnt, wenn die Arbeit vorbei ist.

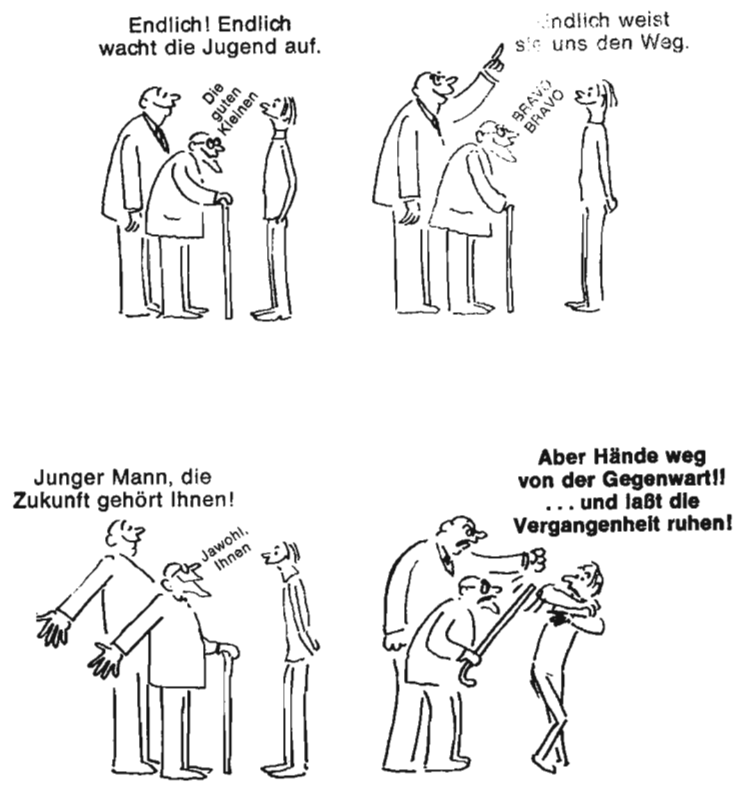
Für den älteren Arbeiter ist diese Arbeit aber ein zentrales Lebensinteresse, die reglementierte Ordnung durch die allein er sich aufrechterhält. Wenn nun diese Arbeit für ihn eine sinnlose wäre oder würde, so hätte er seiner Meinung nach keinen Lebensinhalt mehr. Also muß er diese objektiv sinnentleerte Arbeit für sich mit Pseudowerten füllen.

Er suggeriert sich den Wunsch bzw. das Bedürfnis etwas leisten, schaffen zu müssen. Für ihn ist nicht wichtig was er arbeitet, für wen seine Arbeit von Nutzen ist, wichtig ist für ihn nur, daß er etwas tut. Dieses Leistungsprinzip als Norm verinnerlicht führt bei ihm zu zum Teil neurotisierenden Formen, wie hektische Aktivität, akribiehafte Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit, neurotische Formen, die ihrerseits normativen Charakter annehmen und unter deren Zwang er handelt. Das geht soweit, daß er seine Arbeit sogar mit Einsatz seines eigenen Körpers verteidigt.

Eingespannt zwischen Konkurrenzkampf und der Angst, daß er ersetzt, austauschbar und damit entbehrlich werden könnte, sieht der ältere Arbeiter in dem jungen eine Gefahr die unter Kontrolle gehalten und bekämpft werden muß - ebenso wie der technische Fortschritt, den er nur unter dem Aspekt des Maschinenstürmers versteht. In diesem sozial-darwinistischen Kampf - jeder gegen jeden -, wo nur der Starke Überleben darf, werden grundsätzlich kollektive soziale Konflikte zu individuellen Leistungs- und Konkurrenzkämpfen pervertiert. Kämpfe die im Falle dieser beiden Arbeiter bis in Tötlichkeiten übergehen.

Viel später erst, im Verlauf eines Rauschzustandes, der durch einatmen giftiger Dämpfe hervorgerufen wird, und der wie eine Art Wahrheitsdroge wirkt, wird den beiden zum erstenmal bewußt welcher Art ihre gesellschaftliche und arbeitstechnische Lage ist, und welche Konsequenzen sie daraus ziehen sollten. Für den älteren Arbeiter kommt diese Erkenntnis zu spät.

Werner GRUSCH





## PARISER WELT- KONFERENZ

Vom 11. bis 13. Februar 1972 fand in Paris die "Weltversammlung für Frieden und Unabhängigkeit der indochinesischen Völker" statt. Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus war durch zwei Genossen vertreten. Es war eine Informations- und Solidaritätskonferenz. Manche Länder waren durch Diplomaten vertreten - natürlich nicht Österreich. Kritik ist in solchen Situation - und wir hätten Kritik vorzubringen gehabt - kaum möglich. Trotz dieser begrenzten Möglichkeiten gab unser Vertreter, Herbert Brunner, ein Statement ab.

Die Vertreter der indochinesischen Völker, die unsere kompromißlose Unterstützung und Solidarität verdienen, haben gestern und heute sehr eindrucksvoll über ihren Kampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Mordmaschine berichtet. Ich möchte nichts wiederholen. Sondern ich möchte fragen, ob wir in Europa schon genug getan haben. Ich glaube nicht. Jeder von uns weiß in welche aussichtslose Position Nixon gekommen ist, wie er versucht die Völker mit seinen sogenannten "Friedensplänen" zu täuschen und zu betrügen.

Aber wissen es alle Menschen in unseren Ländern, sind nicht noch Millionen teilnahmslos und glauben der Vernichtungskrieg in Indochina sei etwas Fernes, daß sie nicht berühre.

Bei uns in Österreich ist es so und auch in vielen andern Ländern Westeuropas.

Am Beginn der Vietnamsolidaritätsbewegung stand die moralische Ablehnung des Krieges und oft auch ein gewisses Mitleid mit armen, kleinen Völkern die von der scheinbar allmächtigen US-Kriegsmaschine bedroht werden. Dies hat sich geändert. Die Völker Indochinas und vor allem die FNL haben der Welt gezeigt wie man dem Imperialismus gewaltige Schläge erteilt, die ihn in seinen Grundfesten erschüttern.

Es ist der gleiche Kampf, gegen den gleichen Feind. Wir müssen den Menschen, den werktätigen Menschen und der Jugend in unseren Heimatländern der Zusammenhang zwischen dem US-Bombenterror in Vietnam und dem zunehmenden Einfluß des US-Kapitals auf die Lebensbedingungen der westeuropäischen Massen zeigen. Natürlich auch des westdeutschen Kapitals.

In Österreich haben wir seit nahezu zwei Jahren eine sozialdemokratische Regierung, die aber ebenso wie ihre bürgerliche Vorgängerin die Politik der US-Regierung unterstützt oder zumindest ihre Stimme nicht dagegen erhebt. Ähnlich ist es in vielen anderen Ländern.

Freunde und Genossen, solch eine Situation ist unerträglich. Sie muß geändert werden, denn trotz aller Erfolge ist Selbstgefälligkeit nicht am Platz.

Man muß es offen aussprechen: es wurden auch in der Vietnamsolidaritätsbewegung Fehler gemacht.

Zahlreiche organisatorische Probleme wurden, wie wir alle wissen, nicht gelöst. Oft haben wir zuviel theoretisch mit uns selbst diskutiert. Uns gestritten über verschiedene Probleme der internationalen Arbeiterbewegung die mit Vietnam nichts zu tun haben. Was sich auch darin ausdrückt, daß die VR-China hier nicht vertreten ist. Das hat unsere Basis eingeengt, die Solidaritätsbewegung ist nicht in dem Maße gestiegen, als notwendig wäre. Viele Freunde ließen sich von den Manövern und Lügen der US-Regierung verwirren.

Aber die Opposition in den USA selbst ist gewaltig gestiegen. Das Jahr 1972 wird ein Jahr der entscheidung werden. Die Präsidentenwahlen stehen vor der Tür, die US-Truppen sind demoralisiert und das Kapital hat Verwertungsschwierigkeiten. Der US-Imperialismus steckt in einer tieferen Krise. Wir dürfen nicht zulassen, daß er sich erholt.

Die antiimperialistische Front auf nationaler und internationaler Ebene muß gestärkt und koordiniert werden. Darin sehen wir die Aufgabe dieser Weltversammlung. Die Voraussetzungen dazu sind: die Gleichberechtigung aller Organisationen. Zurückstellung irgendwelcher Führungsansprüche und kompromißlose Einigung auf die Hauptpunkte:

- 1) sofortiger bedingungsloser Abzug aller Land-, Luft- und Seestreitkräfte der USA aus Indochina;
- 2) Unterstützung der Programme der wahren Vertreter der indochinesischen Völker.

Werte Freunde und Genossen !

In dieser Richtung sollten wir in unseren Heimatländern wirken. Und vergessen wir nicht: Jeden Tag den wir hier in relativem Frieden diskutieren, tötet, verstümmelt und vergewaltigt die US-Vernichtungsmaschine in Indochina unsere Schwestern und Brüder.

Danke für die Aufmerksamkeit.

## KONFRONTATION





p.b.b.

Erscheinungsort: W I E N  
Verlagspostamt/1040 Wien

